



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

VISADIALOG ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND

- | | | | |
|--|----|--|----------|
| ■ ANALYSE
Die Visumpflicht in den EU-Russland Beziehungen: Technische Lösungen für einen Ausweg aus der politischen Sackgasse
Sergej Utkin (Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau) | 2 | ■ DEKODER
Arbeitsmigration in Russland
Alexander Maier (Columbia University, New York) | 14 |
| ■ ANALYSE
Fragile Brücken über vereistem Feld. Perspektiven des Visa-Dialogs zwischen der EU und Russland
Alexander Dubowy (Universität Wien), Olga Gulina (RUSMPI, Berlin), Stefan Melle (DRA e. V., Berlin) | 5 | ■ STATISTIK
Vergabe von Visa, Aufenthaltstitel und Staatsbürgerschaft an russische Staatsbürger:innen
Henley & Partners Passport Index | 16
18 |
| ■ KOMMENTAR
Gemeinsam geht mehr! Visafreiheit für russische Jugendliche
Kirill Shamiev (Central European University, Wien) | 10 | ■ STATISTIK
Einreise von EU-Bürger:innen nach Russland
Von der Russischen Föderation ausgestellte Visa | 19
21 |
| ■ KOMMENTAR
Illegale Passportisierungspolitik im Donbas macht Visa-Liberalisierung unmöglich
Manuel Sarrazin (Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen) | 12 | ■ UMFragEN
Lewada: Erwartungen für 2021 | 21 |
| ■ KOMMENTAR
Mit Visafreiheit Brücken in Krisenzeiten schlagen
Renata Alt (Mitglied des Deutschen Bundestages, FDP) | 13 | ■ STATISTIK
Covid-19 in Russland (Stand 21. Januar 2021) | 24 |
| | | ■ CHRONIK
Covid-19-Chronik, 30. November 2020 – 10. Januar 2021 | 26 |
| | | ■ CHRONIK
3. Dezember 2020 – 9. Januar 2021 | 35 |

Die Visumpflicht in den EU-Russland Beziehungen: Technische Lösungen für einen Ausweg aus der politischen Sackgasse

Sergej Utkin (Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau)

DOI: 10.31205/RA.396.01

Zusammenfassung

Die größere Reisefreiheit, die eine Errungenschaft der europäischen Integration nach dem Ende des Kalten Krieges ist, hat ihre Grenzen. Eine solche Grenze verläuft zwischen der EU und Russland. Der Visumdialog zwischen der EU und Russland hat im Jahr 2006 zu einem bedeutsamen Abkommen geführt. Der weitere Weg zur vollständigen Visumfreiheit bleibt aber bis heute versperrt. Der Grund dafür sind politische Spannungen, insbesondere der Ukraine-Konflikt. Dank neuer digitaler Technologien wird das Reisen zwischen der EU und Russland trotzdem einfacher. Der Visumdialog könnte sich auf diese technischen Aspekte fokussieren, um weitere Erleichterungen zu erzielen.

Neues Leben – Neue Grenzen

Als Europa sich in den Wendejahren 1989 bis 1991 auf so vielen Ebenen veränderte, jubelte die westliche Welt nicht nur aufgrund der militärischen Entspannung und der Verbreitung von politischen Freiheitsrechten. Insbesondere auch das Verschwinden der alten Reisehürden sorgte für Freude. Für einige Sowjetbürger:innen war es auch die Zeit, in der sie begannen, die Welt zu entdecken. Die größten Hürden für das Reisen wurden von der Sowjetregierung selbst aufrechterhalten, sodass sogar teilweise Lockerungen am Ende von Gorbatschows Perestrojka als die Erfüllung eines langgehegten Traums empfunden wurden. Dies galt aber nur für wenige Glückliche, weil die Mehrheit wirtschaftliches Elend durchlitt. Danach wurden neue Grenzen errichtet – dieses Mal innerhalb der ehemaligen Sowjetunion.

In dieser Zeit entstand eine Migrationswelle aus dem kollabierten Imperium nach Deutschland, nach Israel, in die USA und in andere Länder. Dadurch entstand zuerst der Eindruck, dass die ganze Welt bereit war, jene, die den Wunsch und Mut hatten, ihre Heimat zu verlassen, mit offenen Armen zu empfangen. Die Realität erwies sich als komplizierter. Je mehr Migrant:innen und Kriminelle aus den instabilen unabhängigen Sowjetrepubliken einwanderten, desto strikter wurden auch die Maßnahmen, um den Migrationsstrom zu kontrollieren und einzudämmen.

Zu Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts blieben noch viele Probleme der 1990er Jahre bestehen. Zumindest aber stabilisierte sich die Lage und nahm geregeltere Strukturen an. Die Europäische Union hat für ihre Einwohner:innen eine beispiellose grenzüberschreitende Bewegungsfreiheit geschaffen. Die Länder, die der EU beitreten, genießen diesen Vorteil als Bestandteil ihrer Mitgliedschaft. Sie verlieren aber das Anrecht darauf, ihre Visumpolitik eigenständig zu gestalten.

Einige Male kam es sogar schon vor, dass Länder, insbesondere auch solche, die vom Tourismus leben, nach ihrem EU-Beitritt die Visumpflicht gegenüber Russland und weiteren Staaten einführen mussten. Die Beziehungen mit der EU wurden deshalb zur Hauptfrage in der Visumpolitik für alle Länder außerhalb der Union, für die die europäische Region von Bedeutung war. Dies galt insbesondere auch für Russland.

Hoffnungsvoller Dialog

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung hatten immer mehr Russ:innen die Möglichkeit zu reisen. Obwohl die Mehrheit nur Urlaubsorte in der Türkei oder Ägypten besuchte, gab es trotzdem auch großes Interesse, Reiseziele in Europa zu erkunden. Für die westlichen Konsulate, die es nur in der Hauptstadt Russlands beziehungsweise in den größten Städten gab, stellte es einen großen Aufwand dar, die steigende Zahl von Visaanträgen zu bearbeiten. Die russischen Staatsbürger:innen, die sich schon morgens früh in lange Schlangen neben den Konsulaten einreihen mussten, fühlten sich dabei gelinde gesagt unwohl. Ja fast schon wie Menschen zweiter Klasse, um es einmal deutlich zu sagen.

International wuchs auch das Interesse an Russland, das als immer weniger unsicher galt und vor allem als exotisches Reiseziel empfunden wurde. Die russischen Visaformalitäten gestalteten sich nicht viel einfacher. Die Bürger:innen der Europäischen Union mussten jedoch für immer weniger Länder ein Visum beantragen. Einige Expert:innen forderten damals wie heute, dass es im Interesse Russlands wäre, die Visumpflicht für entwickelte Länder einseitig abzuschaffen. Russland besteht allerdings darauf, dass die goldene Regel der Diplomatie – die Reziprozität – unbedingt respektiert werden muss. Ansonsten, so heißt es, würde die Europäische Union keinen Anreiz mehr haben, über

die Visafreiheit für die Bürger:innen Russlands zu verhandeln.

Die Reziprozität und das beiderseitige Interesse sollten die Verhandlungen voranbringen. Bei den ersten Schritten waren handfeste Ergebnisse zu verzeichnen. Die EU und Russland vereinbarten das Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen, das die Visumgebühren senkte und für einige Kategorien von Reisenden ganz abschaffte. Das Abkommen enthielt auch die Möglichkeit, Visa für mehrfache Einreisen zu erteilen, die zwischen einem und fünf Jahre gültig sind.

Im nächsten Schritt sollten Reisen ohne Visum zwischen der EU und Russland ermöglicht werden. Im Prinzip war dies weder für die EU noch für Russland etwas Neues. Kurzfristige Aufenthalte ohne Arbeitserlaubnis hatten die beiden Seiten schon mit mehreren Ländern visumfrei ermöglicht. Für die EU und Russland bleibt dieses Ziel bis heute unerreichbar. Dies hat politische Gründe.

Politische Störungen

Zu der Zeit, als die EU und Russland sich dem visafreien Reiseverkehr annäherten, spitzten sich gleichzeitig auch die gegenseitigen Missverständnisse zu. Im Kern lag dies immer noch am mangelnden Vertrauen. Von Seiten der EU wurde insbesondere dem russischen politischen System und den regionalen Unterschieden Misstrauen entgegengebracht.

Auch nach dem Ende des zweiten Tschetschenienkriegs blieb die Situation im russischen Nordkaukasus besorgniserregend. Zum einen betraf dies die regionale Sicherheit, zum anderen galt dies aber auch für Menschenrechte und die wirtschaftliche Lage. Würde man die Visafreiheit einführen, so die EU-Behörden, so gäbe es einen Zustrom von Flüchtlingen, die die EU aus humanitären Gründen nicht zurückweisen könnte, selbst wenn es Zweifel gäbe, ob im Einzelfall die Asylansprüche begründet werden könnten. Mit derartigen Sorgen hatten die Innenministerien einen politischen Hebel in der Hand zu einer Zeit, als die Migrationsfrage für alle EU-Regierungen schon zu einem heiklen Thema geworden war.

Zudem hatte das russische Staatssystem in der EU immer noch einen schlechten Ruf, es galt als undemokratisch und korrupt. Auch wenn viele technische Momente zwischen den Migrationsbehörden Russlands und den EU-Mitgliedstaaten geklärt waren, richteten EU-Politiker:innen zahlreiche kritische Fragen an die russische Regierung, die die Ratifizierung eines möglichen Abkommens erschwerten. Auf beiden Seiten waren unterschiedliche Meinungen anzutreffen, ob der Visumdialog absichtlich und völlig überflüssig politisiert wurde, oder aber ob es sich dabei um berechtigte Sorgen handelte.

Die politischen Missverständnisse erreichten mit der Angelegenheit der russischen Dienstpässe, die eigentlich vor allem technischer Natur war, ihren ersten Höhepunkt. Russland sah die Visafreiheit für Inhaber von Dienstpässen als einen Zwischenschritt zum visafreien Reisen für alle Bürger:innen. Russlandkritische Expert:innen in der EU und einige russische Oppositionelle interpretierten den Vorstoß allerdings als Versuch, die Freizügigkeit vor allem für korrupte Eliten zu ermöglichen. Für viele Beteiligte bot dieser Streitpunkt nur einen weiteren Anlass, um viel größere politische Grabenkämpfe zu führen. Dadurch wurde der Dialog aber verlangsamt, wobei bis zu diesem Zeitpunkt noch das letzte Gelegenheitsfenster offenstand.

Mittlerweile bahnte sich aber zwischen der EU und Russland ein geopolitischer Streitpunkt an: die gemeinsame Nachbarschaft, beziehungsweise die Östliche Partnerschaft. Für einige Länder der EU, die sich seit Anfang des Jahrhunderts merklich erweitert hatte, war es politisch ein Ding der Unmöglichkeit, Russland Visafreiheit zu gewähren, ohne dass diese auch mit der Ukraine, Moldawien und Georgien vereinbart wurde. Als diese Länder die entsprechenden Visa-Abkommen mit der EU endlich abgeschlossen hatten, wütete schon die Ukraine-Krise. Das Gelegenheitsfenster für einen Dialog der EU mit Russland war inzwischen schon fest verschlossen.

Die Folgen des Konflikts in der Ukraine und um die Ukraine sind für die EU-Russland Beziehungen enorm. Unter anderem werden die russischen Reisepässe, die auf der Krim ausgegeben werden, von der EU nicht anerkannt. Dies stellte von Anfang an eine große Erschwerung für mögliche Visaverhandlungen dar. Uneinigkeit besteht zwischen der EU und Russland schon darüber, was ein gültiger russischer Pass ist. Auch wenn es EU-Mitgliedstaaten gibt, die für eine mildere Politik gegenüber Russland eintreten würden, ändert das nichts an der gesamten Position der Union, die in außenpolitischen Fragen auf Konsens angewiesen ist. Beständige gegenseitige Kritik und Maßnahmen, insbesondere Sanktionen, lassen innerhalb der letzten knapp sieben Jahre kaum eine Chance für eine EU-Russland Partnerschaft. Ohne gegenseitiges Vertrauen ist jedoch nur ein geringer Fortschritt in Visafragen möglich.

Digitale Hilfe

Bis ungefähr im Jahr 2005 reisten noch mehr russische Bürger:innen mit gültigen Reisepässen ins Ausland, auf denen »Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken« anstatt »Russische Föderation« stand. Die UdSSR, die 1991 plötzlich aufgelöst wurde, hatte viele Vordrucke hinterlassen. Das unabhängige Russland hatte aufgrund der wirtschaftlichen Notlage andere Prioritäten. Im 21. Jahrhundert war dieses Dokument allerdings nicht nur politisch veraltet. Alle Sicherheitsmerkmale

mussten im Hinblick auf die fortgeschrittene internationale Standardisierung von Grund auf erneuert werden.

Seit 2010 können sich Russ:innen moderne biometrische Pässe mit elektronischem Chip ausstellen lassen. Die dazugehörigen Formalitäten wurden schrittweise vereinfacht und beschleunigt. In der Regierung sprach man davon, dass der neue Pass das visafreie Reisen in die EU ein Stück näherbringen sollte. Der biometrische Chip war zu diesem Zeitpunkt auch für die EU eine neue Technologie, die damals erst vor etwa 5 Jahren eingeführt worden war. Beide Seiten hielten es unter Umständen für möglich, gleichzeitig höhere Sicherheit an den Grenzen und größere Freiheit für wohlgesinnte Reisende zu erreichen.

Mit Hilfe der Digitalisierung geht Russland jetzt den nächsten Schritt. Ein elektronisches e-Visum, das in ein paar Städten Russlands schon erprobt wurde, wird von nun an für das ganze Land und einen Großteil der Reisenden, darunter auch für EU-Bürger:innen, eingeführt. Dies sollte schon Anfang 2021 zu einer spürbaren Erleichterung für Russlands Gäste werden. Aufgrund der pandemiebedingten Beschränkungen wurde die tatsächliche Einführung für eine gewisse Zeit in die Zukunft verschoben.

Das e-Visum für kurzfristige Reisen kann im Internet beantragt und erstellt werden, was Konsulatsbesuche unnötig macht. In der EU gibt es bisher kein vergleichbares System. Dennoch nutzte die EU den Informationsaustausch und biometrische Daten, um die Vergabe von Schengen-Visa für mehrfache Einreisen zur Routine werden zu lassen. Kommerzielle Visazentren, die in Russland von vielen EU-Staaten, wie übrigens auch von Russland in der EU, genutzt werden, haben die Qualität der Visa-Dienstleistungen verbessert. Teilweise werden allerdings die Kosten auf die Reisenden umgelegt.

Auch die Grenzkontrolle wird weiter digitalisiert. Fingerabdrücke und hochauflösende Fotos sind am Grenzübergang schon weltweit üblich. Im Jahr 2022 strebt die EU an, ein technisch noch fortschrittlicheres Ein- und-Ausreise-System im Schengen-Raum zu schaffen. Russland testet ebenfalls automatisierte Grenzkontrollpunkte für seine Bürger:innen. Derartige Maßnahmen werden für die große Mehrheit der Reisenden eine Erleichterung darstellen, denn sie sparen Zeit und Mühe.

Wenn Datenbanken genutzt werden und es zu massivem Informationsaustausch kommt, entsteht notwendigerweise die Sorge, dass personenbezogene Daten missbraucht werden könnten. Dies stellt für alle Länder eine Herausforderung dar. Der Mangel an Vertrauen zwischen der EU und Russland erschwert die Situation aber noch einmal deutlich. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bleibt aus politischen Gründen begrenzt. Die Sperrlisten für Einreisende werden immer länger. In einigen Branchen wird den Mitarbeiter:innen sogar von

Reisen nach Russland beziehungsweise in die EU abgeraten. Die Digitalisierung kann keine Wunder bewirken, die politischen Beziehungen bleiben auch im digitalen Zeitalter beschädigt.

Ohne Träume

Der Schengen-Raum wird berechtigterweise als eine der größten Errungenschaften der EU angesehen. In den Jahren, als die EU durch Erweiterung schnell wuchs und politischer Optimismus vorherrschte, erschien es natürlich, dass diese Zone weiterwachsen würde. Für diese Reisefreiheit gibt es aber auch Grenzen, eine davon verläuft zwischen der EU und Russland. Selbst wenn es in den EU-Russland Beziehungen zu einem neuen, derzeit kaum vorstellbaren Frühling kommen würde, ist dennoch kaum zu erwarten, dass diese streng kontrollierte Grenze zwischen dem riesigen euroasiatischen Land und der Union einfach wegfallen wird. Die politischen Stürme des letzten Jahrzehnts haben dazu geführt, dass das Reisen ohne Visum noch für viele Jahre ein unerreichbares Ziel bleiben wird. Die Lage ist zwar derzeit aussichtslos, aber paradoxerweise doch nicht schlecht, zumindest was das Reisen angeht.

Wohlmeinende Reisende sind normalerweise gerne im Voraus dazu bereit Auskunft über ihre Person und den Zweck der Reise zu geben. Nur wenn die Kontrollen zu anstrengend sind, löst dies Empörung aus. Viele Formulare sind zu kompliziert, man wird dazu gezwungen, die einfachsten Daten mehrfach einzutragen, zum Beispiel den Namen, das Geburtsdatum, die Anschrift etc. Wenn diese Daten aber alle augenblicklich digital übertragen und geprüft werden und auch das gültige Visum in ein paar Tagen auf das Smartphone heruntergeladen werden kann, dann wird die Visumpflicht, wenn überhaupt, nur noch ein geringes Problem sein.

Was ein viel größeres Hindernis darstellt als der Visumantrag ist die finanzielle Lage der Bürger:innen. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft selten optimal oder geradlinig, aber generell werden Russ:innen genauso wie Bürger:innen vieler anderer Länder wohlhabender, und das Reisen somit günstiger. Aufgrund der allgegenwärtigen Videoüberwachung und weiteren digitalen Technologien wird automatisch auch die Verführung kleiner, die Visa-Regeln zu verletzen.

Die Welt ist offener geworden. Dies bedeutet gleichzeitig, dass auch weniger Illusionen über ehemals fremde Länder gehegt werden. Das Reisen in alle Länder der Welt, das für Sowjetbürger:innen nur ein verrückter Traum war, ist inzwischen für große Bevölkerungsteile Russlands zur Realität geworden. Nach Angaben des »H&P Passport Index« erlaubte der russische Pass im Jahr 2006 lediglich in 35 Länder die visafreie Einreise, im Jahr 2021 waren es schon 116 Länder. Die Migrations-, Studien- und Reiseerfahrungen im Ausland wer-

den über die sozialen Netzwerke geteilt und sind deswegen geläufig. Die Reisefreiheit wird von den Russ:innen immer mehr geschätzt, sie verstehen aber, dass die wohlhabenden Länder bei weitem kein Paradies bieten.

Trotz aller Bedenken wäre es sinnvoll, den EU-Russland-Visumdialog oder, wie man auch sagen könnte den Grenzdialog, wieder aufzunehmen. Unter den heutigen Umständen erscheint ein solcher Neubeginn politisch noch nicht möglich. Dennoch könnte der Dialog über die Umsetzung des EU-Russland-Visa-Abkommens aus dem Jahr 2006 als Anknüpfungspunkt dienen, um das

Thema wieder aufzugreifen. Wichtig ist vor allem, dass realistische Ziele definiert werden. Anstatt von Visafreiheit zu träumen, die derzeit ohnehin nicht erreichbar ist, sollte darüber nachgedacht werden, wie unnötige Formalitäten beiderseitig vereinfacht und ein effizienter Informationsaustausch gewährleistet werden können. Die Pandemie hat die Zahl der Reisenden einstweilen dramatisch verringert. Vielleicht ist deswegen genau jetzt der richtige Zeitpunkt, um die wirtschaftlich bedeutende Wiederaufnahme der Reisetätigkeit durch den EU-Russland-Visumdialog zu beschleunigen.

Über den Autor

Dr. Sergej Utkin arbeitet am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau. Er forscht über die Außenpolitik der EU und Russlands sowie zu Fragen der europäischen und euroatlantischen Sicherheit.

Lesetipps

- Vojnikov Vadim und Korneev Oleg, Problems and prospects of EU — Russia dialogue on visa-free travel. In: The Baltic Region. 2013. No.3 (January). DOI: 10.5922/2079-8555-2013-3-2 Abrufbar unter: https://journals.kantiana.ru/eng/baltic_region/1456/4136/
- Statement by Mr. Anvar Azimov, Ambassador-at-large of the Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation at the OSCE Supplementary Human Dimension Meeting on Freedom of Movement and Human Contacts, Vienna, 25 April 2013. OSCE, PC.SHDM.DEL/11/13. Abrufbar unter: <https://www.osce.org/files/f/documents/d/a/101246.pdf>
- Mikhail Mishustin approves list of countries whose citizens can apply for e-visas. Government of the Russian Federation, 7 October 2020. Abrufbar unter: <http://government.ru/en/docs/40554/>

ANALYSE

Fragile Brücken über vereistem Feld.

Perspektiven des Visa-Dialogs zwischen der EU und Russland

Alexander Dubowy (Universität Wien), Olga Gulina (RUSMPI, Berlin), Stefan Melle (DRA e. V., Berlin)

DOI: 10.31205/RA.396.02

Zusammenfassung

Im Jahr 2007 kam es zum vorläufig letzten Meilenstein des europäisch-russischen Dialogs über eine Visaliberalisierung. Es wurde eine Einigung erzielt über das vereinfachte Verfahren zur Visaerteilung für elf Kategorien von Bürger:innen der EU und Russlands. Nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in der Ostukraine im Jahre 2014 nahm die EU das Thema der Visaliberalisierung mit Russland von der politischen Agenda. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die politische und rechtliche Analyse der Visaliberalisierungsprozesse zwischen der EU und Russland, ihrer Rolle für die Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften und schließt mit einer Reihe von Empfehlungen ab.

Es war noch eine andere Zeit: In seinen Schlussfolgerungen aus dem EU-Russland-Gipfel vom Juni 2010 hob das Europäische Parlament hervor, dass »es klare und

objektive Kriterien für die Einführung einer Regelung zur Visafreiheit gibt«, dass »europäische und russische Bürger ein legitimes Interesse daran haben, dass ihnen

das Recht auf freien Personenverkehr sowohl in ihren Ländern als auch über die Grenzen hinweg gewährt wird« und dass der Dialog mit Moskau über die Abschaffung der Visumpflicht »mit den Visuerleichterungen für die Länder der Östlichen Partnerschaft im Einklang stehen sollte.« (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52010IP0234&from=EN>). Nach diesem Gipfel waren die meisten Expert:innen der festen Überzeugung, dass das visumfreie Reisen in greifbarer Nähe sei und schon bald die Bürger:innen der EU und Russlands frei von aufwändigen bürokratischen Prozeduren einander besuchen werden. Seit diesem denkwürdigen EU-Russland-Gipfel sind über zehn Jahre vergangen. Russland ist nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und der aktiven Beteiligung am Donbaskonflikt aus Sicht der EU kein strategischer Partner mehr. Auch das Thema der Visaliberalisierung verschwand von der gemeinsamen politischen Agenda. Nichtsdestotrotz kommt gerade in Krisenzeiten der Notwendigkeit humanitäre, bildungspolitische, akademische und kulturelle Kontakte aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit auszubauen, herausragende Bedeutung zu. Die bestehenden, überaus ernsten Differenzen müssen und sollten kein unüberwindbares Hindernis für zielgerichtete Visaerleichterungen darstellen, die einer großen Zahl von Bürger:innen beider Seiten erleichterte Reisemöglichkeiten eröffnen würden, ohne den Schuldigen an Verletzungen der Menschenrechte oder des Völkerrechts die Aufhebung von Sanktionen oder gar zusätzliche Vorteile zu verschaffen.

Ein historischer Abriss der EU-Russland Beziehungen im Lichte des Visadialogs

Der Dialog über die Visaliberalisierung verlief parallel zu anderen wichtigen Politikbereichen in den EU-Russland Beziehungen. Seine Geschichte lässt sich im Wesentlichen in zwei Phasen einteilen, welche durch volatile (geo-)politische Konstellationen und divergierende rechtliche Rahmenbedingungen geprägt waren.

Annäherungsphase (2002 bis 2013)

Im Jahr 2003 kamen die EU und Russland überein, visafreies Reisen in »langfristiger Perspektive« anzustreben (https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/75969.pdf). Im Jahr 2006 hielt das Europäische Parlament fest, dass die EU »das russische Ziel einer vereinfachten Visaregelung mit dem Schengen-Gebiet mit visafreiem Reiseverkehr als langfristiges Ziel begrüßen und alle notwendigen Bedingungen in einem eindeutigen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen festlegen sollte« (<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:117E:0235:0241:DE:PDF>). Den Höhepunkt der Annäherungsphase bildete zweifelsohne das 2007 abgeschlossene »Abkommen zwischen der Euro-

päischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über die Erleichterung der Ausstellung von Visa für Bürger der Europäischen Union und der Russischen Föderation« ([https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22007A0517\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22007A0517(01)&from=DE)). Dabei einigten sich die EU und Russland auf ein vereinfachtes Verfahren zur Visaerteilung in elf Kategorien, darunter für Geschäftsleute, Journalist:innen und Personen, die an wissenschaftlichen, kulturellen und künstlerischen Aktivitäten teilnehmen. Im Jahr 2013 kündigte die EU nach langwierigen Verhandlungen mit Russland eine Reihe weiterer gemeinsamer Schritte zur Liberalisierung der Visa Bestimmungen an (https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/international-affairs/russia/docs/common_steps_towards_visa_free_short_term_travel_en.pdf). Das Dokument betonte, dass die EU und Russland ein gemeinsames Interesse an visafreiem Reisen für ihre Bürger:innen verfolgten.

Entfremdungsphase (seit 2014)

Die Annexion der Krim sowie die russische Beteiligung an den Militäroperationen in der Ostukraine führten zu einer tiefen Krise in den Beziehungen. Die Gespräche über ein neues Abkommen über die Visaliberalisierung wurden eingefroren. Der für den 3. Juni 2014 anberaumte EU-Russland-Gipfel wurde abgesagt und die EU-Mitgliedstaaten beschlossen, keine regelmäßigen Gipfeltreffen mehr abzuhalten. Bilaterale Gespräche mit Russland über Visaangelegenheiten und über ein neues Abkommen zur Visaliberalisierung wurden ausgesetzt (https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/135804.pdf). Seitdem haben sowohl die EU als auch Russland Sanktionslisten eingeführt: Mit Stand vom 14. Dezember 2020 sind zahlreiche russische Einzelpersonen und Unternehmen von EU-Sanktionen betroffen (https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/Gesamtuebersicht_Russland-Sanktionen_AC_Moskau_14.12.2020.pdf). Im Gegenzug untersagte Russland Politiker:innen und Militärs aus der EU die Ein- und Durchreise. Am 23. September 2020 gab das russische Außenministerium bekannt, ebenso viele Personen mit Strafmaßnahmen belegt zu haben, wie auf der EU-Sanktionsliste verzeichnet sind (<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202012110045?index=0&rangeSize=1>; https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/4349296). Am 22. und 29. Dezember 2020 verhängte die russische Führung weitere Einreiseverbote gegen Diplomaten:innen aus der EU bzw. deutsche Beamten:innen. Moskau reagierte damit auf Einreiseverbote, die die EU zuvor gegen Personen erlassen hatte, die mutmaßlich am Giftanschlag gegen den Oppositionellen Aleksej Nawalnyj beteiligt waren. Der Migrationsdialog zwischen der EU und Russland

gehört zu den wenigen verbleibenden Bereichen, in denen Gespräche seit 2014 fortgesetzt werden. Darüber hinaus haben einige EU-Institutionen Interesse an einer Ausweitung der Zusammenarbeit in diesem Bereich gezeigt, insbesondere über regionale Beratungsforen zur Migration wie dem sogenannten Prager (www.icmpd.org/our-work/migration-dialogues/prague-process) und Budapester Prozess (www.budapestprocess.org).

Der Prager Prozess ermöglicht einen multilateralen Migrationsdialog zwischen der EU, den Ländern der Östlichen Partnerschaft, den Westbalkanstaaten, Zentralasien, Russland und der Türkei. Der Budapester Prozess verfolgt eine ähnliche Zielsetzung und zählt inzwischen mehr als 50 Teilnehmerstaaten sowie 10 internationale Organisationen. Das Ziel beider Dialogplattformen besteht im Aufbau nachhaltiger Migrationssysteme und im gegenseitigen Austausch von Informationen und Best-Practice-Beispielen zu Fragen legaler und illegaler Migration, Asyl, Visa, Grenzschutz, Menschenhandel und Menschen schmuggel, Rückübernahme sowie Rückkehr.

Positiv anzumerken ist, dass die EU und Russland weiterhin an dem vereinfachten Visaverfahren festhalten, das mit dem Abkommen aus dem Jahr 2007 eingeführt wurde. Doch selbst auf der Expert:innen-Ebene sind nur noch wenige Stimmen zu hören, die für eine Visaliberalisierung oder zumindest eine weitere Vereinfachung der Visaverfahren eintreten. Zumindest bestünde damit die Hoffnung weiter, dadurch eine Stabilisierung oder gar Verbesserung der gesellschaftlichen Austauschbeziehungen befördern zu können.

Die Visafrage in den gegenwärtigen EU-Russland Beziehungen

In der Frage der Liberalisierung des Visaregimes beschreiten die EU und Russland seit Jahren unterschiedliche Wege. Während Brüssel die visafreie Einreise in den Schengen-Raum vergleichsweise restriktiv handhabt und für einige Länder der Östlichen Partnerschaft Liberalisierungsschritte umgesetzt hat, verfolgt Moskau in der Visapolitik seit einigen Jahren einen deutlich liberaleren Ansatz.

Einen ersten umfassenden Testlauf unternahm der Kreml während der Fußball-Weltmeisterschaft 2018, als Fußballfans nur mit einer Fan-ID-Karte und einer Eintrittskarte für eines der Fußballspiele nach Russland einreisen durften, ohne eigens ein Visum beantragen zu müssen (http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_147218/). Zudem können Reisende mit einem elektronischen Visum den Fernöstlichen Föderalen Bezirk (seit 2017), Kaliningrad und St. Petersburg (seit 2019) besuchen.

Seit dem 1. Januar 2021 können Staatsangehörige von 52 Staaten, einschließlich aller 27 Mitgliedsstaaten der EU, mit einem sogenannten einheitlichen elektronischen Visum nach Russland einreisen (<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/>

[0001202007310071?index=0&rangeSize=1](http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202007310071?index=0&rangeSize=1)). Das elektronische Visum ist online über eine Website des russischen Außenministeriums zu beantragen (<https://evisa.kdmid.ru/en-US/Home/Index>). Allerdings wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie die Ausstellung elektronischer Visa vorerst bis zu einem Sondererlass der Regierung der Russischen Föderation ausgesetzt. Das elektronische Visum wird für eine einmalige Einreise für die maximale Dauer von 16 Tagen, inklusive dem Tag der Einreise, gelten. Die Bearbeitungszeit beträgt vier Werktage. Das elektronische Visum kann zum Zweck sowohl privater, touristischer als auch beruflicher Reisen sowie zur Teilnahme an wissenschaftlichen, kulturellen, gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und sportlichen Veranstaltungen beantragt werden. Für das elektronische Visum sind weder eine Einladung von einer russischen Organisation noch eine Hotelreservierung oder andere Nachweise des Reisezweckes erforderlich.

Zwar zählt Russland mit der Einführung des einheitlichen elektronischen Visums zu den Staaten mit einem sehr liberalen Besuchs- und Einreiseregime. Dennoch zeichnet sich jetzt schon eine aus datenschutzrechtlicher Sicht überaus kontroverse Entwicklung ab. So sind im elektronischen Antragsformular umfassende persönliche Daten anzugeben. Erfasst werden sämtliche E-Mail-Adressen und Accounts in sozialen Netzwerken sowie die letzten beiden Arbeitsstätten und Studienorte inklusive Kontaktdaten. Des Weiteren ist offenzulegen, ob man während des Aufenthaltes in Russland NGOs, internationale oder staatliche Organisationen vertreten oder sich an deren Aktivitäten beteiligen wird (<http://docs.cntd.ru/document/573161193>).

Gerade der letzte Punkt dürfte im Zusammenhang mit der jüngsten Welle von antidemokratischen Gesetzen, die Ende Dezember von der Staatsduma verabschiedet und von Wladimir Putin unterzeichnet wurden, besonders problematisch werden. So wurde das Gesetz über russische Non-profit-Organisationen, die angeblich »die Funktion eines ausländischen Agenten ausüben«, erneut verschärft. Das entsprechende Gesetz über Massenmedien wurde so erweitert, dass nun auch natürliche Personen, u. a. Politiker:innen, Journalist:innen, Wissenschaftler:innen, Studierende, die publizistisch tätig sind (<http://duma.gov.ru/news/50387/>), als Individuum den Status eines »ausländischen Agenten« erhalten können. Eine politische Zumutung stellt zudem das Gesetz über »unerwünschte Organisationen« dar, das seit dem Jahr 2015 gilt. Dutzenden internationalen und ausländischen Institutionen und NGOs wurde ein Tätigkeits- und Aufenthaltsverbot in Russland verordnet.

Visaproblematik bei zivilgesellschaftlichen Akteuren in der EU und Russland

Die Entwicklungen seit dem Jahr 2014 haben deutlich aufgezeigt, dass zivilgesellschaftliche Initiativen (wie etwa

humanitäre, kulturelle, schulische und akademische Kontakte) keine Bereiche sind, die von der Politik und Wirtschaft völlig isoliert sind. Die gegenseitigen Sanktionen, der geschrumpfte Handelsumfang und die zurückgegangene Investitionstätigkeit der EU in Russland beeinflussen den gesellschaftlichen Austausch zwischen der EU und Russland unmittelbar und trugen dazu bei, dass der Reiseverkehr stark abgenommen hat. Der Rückgang der Realinkommen in Russland, die mehrfache Abwertung des Rubels und die isolationistische und antiwestliche Politik der russischen Führung haben dazu geführt, dass die Zahl der russischen Touristen und Studierenden bereits vor der Corona-Pandemie deutlich abgenommen hat.

Darüber hinaus stehen der Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen und gemeinnützigen Organisationen in Russland und den EU-Staaten eine Reihe von bürokratischen Hindernissen im Weg. So fehlen in der EU rechtliche Verfahren und Mechanismen, um zivilgesellschaftlichen Akteuren und Menschenrechtsverteidiger:innen, die in Russland akut gefährdet sind, schnell und unbürokratisch ein Visum zu erteilen. Das russische Recht schreibt nicht klar vor, welche Arten von Visa für zivilgesellschaftliche Akteure aus der EU, die sich an Aktivitäten im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit russischen Partnern beteiligen wollen, erforderlich sind. Dies führt häufig zu unfreiwilligen Verstößen gegen das Visaregime. Zudem akzeptieren die russischen Behörden die Visa-Einladungsschreiben vieler russischer NGOs an ihre Partner in der EU nicht.

Am 23. Januar 2020 diskutierte das Unterkomitee für Menschenrechte des Europäischen Parlaments mit Expert:innen aus den Bereichen Menschenrechte, Journalismus und Flüchtlingshilfe über die Visapolitik der EU in Bezug auf Menschenrechtsverteidiger:innen, zivilgesellschaftliche Akteure (insbesondere NGOs, die mit EU-Staaten zusammenarbeiten) und Institutionen der EU und des Europarats, die mit dem Schutz öffentlicher Interessen und der Menschenrechte beauftragt sind (www.europarl.europa.eu/doceo/document/DROI-OJ-2020-01-22-1_EN.html; https://multimedia.europarl.europa.eu/en/committee-on-human-rights_20200123-0900-COMMITTEE-DROI_vd). Die Debatte endete unter anderem mit dem Vorschlag, den Umfang erforderlicher Dokumente für derartige Visakategorien zu reduzieren und ein System gegenseitiger Einladungen für Menschenrechtsverteidiger:innen aus der EU und ihren Kolleg:innen in autoritären Staaten zu initiieren. Auch solle überwacht und dokumentiert werden, wenn sich EU-Mitgliedstaaten weigern, Visa für Menschenrechtsverteidiger auszustellen. Bisher wurden allerdings wenig konkrete Schritte unternommen, um diese Beschlüsse umzusetzen.

Ausblick und Empfehlungen

In den vergangenen Jahren haben die EU und Russland in der Frage der Visaliberalisierung unterschiedliche

Wege eingeschlagen. Die politischen Ereignisse seit 2014 schränken die Möglichkeiten für einen bilateralen Dialog stark ein. Dies gilt auch für Migration und Visa-liberalisierung. Ein zukünftiges Visaregime zwischen der EU und Russland kann nicht losgelöst von der vielschichtigen politischen Krise diskutiert werden. Nachdem seit 2014 viele offizielle Kommunikationskanäle (»Track One-Diplomatie«) blockiert bzw. drastisch eingeschränkt wurden, gewinnt die gesellschaftliche Dimension der EU-Russland Beziehungen umso stärker an Bedeutung.

Grundlegende Unterschiede in der Bewertung politischer und rechtlicher wie auch sozialer und wirtschaftlicher Institutionen und Positionen Russlands und der EU werden weiterhin fortbestehen. Differenzen in der Wahrnehmung des Völkerrechts und dem Umgang damit halten an. Dennoch sollte die Politik auf beiden Seiten im Jahr 2021 das Ziel wieder aufnehmen und konsequent verfolgen, für die breite Bevölkerung eine maximal mögliche Erleichterung der bilateralen Reiseverfahren zu gewährleisten. Dies sollte unverzüglich angegangen werden und insbesondere für Personenkategorien gelten, die einen wesentlichen Beitrag zur Verbindung der Gesellschaften auf horizontaler Ebene leisten. Dazu sollten auch einseitige Schritte eingeleitet werden, die ohne gleichlautende Beschlüsse der russischen Seite erlassen werden können. Die EU sollte ähnliche Erleichterungen, soweit sie noch nicht bestehen, auch für die Länder der Östlichen Partnerschaft ermöglichen. Eine Benachteiligung der Bewohner:innen dieser Länder gegenüber jenen der Russischen Föderation erscheint nicht angemessen.

Die Autor:innen empfehlen daher der EU und ihren Mitgliedsstaaten:

1. Eine starke Vereinfachung der Beantragung und Erteilung von Kurzzeitvisa (bis 90 von 180 Tagen) für Bürger:innen der Russischen Föderation, darunter auch in Form nationaler Visa als Initiative einzelner EU-Mitgliedstaaten sowie für bestimmte Bevölkerungsgruppen. In Frage kommen unter anderem die Reduzierung der für ein Visum erforderlichen Dokumente und Sicherheitsleistungen, die zumindest zeitweilige Aussetzung der Einbeziehung des Landes in das Visa-Informationssystem (VIS) der EU, bis die zum Teil erheblichen Beantragungswege in den russischen Regionen vor einer Ersteinreise in die EU vermieden werden können.
2. Die gemeinsame Organisation und Finanzierung von Visa-Service-Zentren sowie Eröffnung zusätzlicher solcher Zentren in den russischen Regionen durch die EU oder alle Länder des Schengener Abkommens oder mehrere interessierte EU-Mitgliedsstaaten, um so das Versorgungsgebiet zu erweitern und die Zugänglichkeit von Visa-Dienstleistungen für Einwohner:innen der RF zu erleichtern.

3. Die weitestgehende Digitalisierung der Schengen-Visaverfahren in Bezug auf die Russische Föderation, darunter in Form eines elektronischen Visums (eVisum), gegebenenfalls ähnlich den in Russland entwickelten Modellen, jedoch unter strikter Wahrung der datenschutzrechtlichen Standards.
4. Im Rahmen von Pilotmaßnahmen die Definition und gezielte Vereinfachung der Schengen-Visaverfahren für konkrete Kategorien von Personen, z. B. solche unter 25 Jahren oder/und über 65 Jahren oder Vertreter:innen bestimmter Tätigkeitsgebiete (Kultur, Universitäten, zivilgesellschaftliche Akteure etc.).
5. Die Entwicklung und Umsetzung verlässlicher EU-weiter und nationaler Verfahren für die Soforterteilung von Visa und für sonstige mit der unverzüglichen Ausreise verbundene Hilfsleistungen für russische Bürger:innen im Falle ihrer politischen Verfolgung oder anderer deutlicher Risiken für Leben und Sicherheit für sie in Russland, darunter für Journalist:innen, Vertreter:innen der akademischen Lehre, kultureller Einrichtungen und gemeinnütziger Organisationen, Menschenrechtsverteidiger:innen, andere gesellschaftspolitisch engagierte Aktivist:innen.
6. Die Wiederbelebung und mittelfristige Ausweitung des Regimes des kleinen Grenzverkehrs in den gemeinsamen Grenzregionen der EU mit Russland, konkret mit Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland,
7. Die Einführung von Einreisegenehmigung auch während der Corona-Pandemie für russische Bürger:innen bei der Einladung zu mindestens einmonatigen bilateralen und multilateralen Bildungs- und Austauschmaßnahmen, zum Beispiel Stipendien (Erasmus u. a.), Freiwilligendienste, akademische Aufenthalte, unter Einhaltung der allgemeinen Quarantänebestimmungen, sowie von Sonderregelungen für Menschen aus Russland, die dringender medizinischer und ähnlicher Hilfe in der EU bedürfen.

Diese Schritte kann die EU aus wohlverstandem Eigeninteresse gehen, ohne an die Rechtsbrüche der russischen Führung Zugeständnisse zu machen. Es würde der EU freilich erleichtern, sie zu unternehmen, wenn die Führung in Moskau zumindest ihre Praxis aufgäbe, ausländische oder internationale Organisationen und Medien für »unerwünscht« zu erklären sowie russische unabhängige NGOs, Medien und Personen als angebliche »ausländische Agenten« zu registrieren und so die grenzüberschreitende Begegnung, Information, Bildung und Kooperation von Bürger:innen beider Seiten zu beschränken, zu stigmatisieren und zu kriminalisieren.

Dieser Beitrag entstand auf der Grundlage des Hintergrundpapiers »Building Bridges: EU-Russia Visa Liberalisation and Visa Facilitation Dialogue«, welches von den Autor:innen im Oktober 2020 für das EU-Russia Civil Society Forum verfasst wurde

Über die Autor:innen

Alexander Dubowy ist Forscher im Bereich internationaler Beziehungen und Sicherheitspolitik mit Schwerpunkt auf Osteuropa, Russland und dem GUS-Raum. Studien der Rechtswissenschaften, Wirtschafts- und Politikwissenschaften in Wien und Moskau; Promotion in Rechtswissenschaften zur Verfassungsordnung Russlands und dem Institut der Präsidentschaft. Langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit an nationalen und internationalen Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Olga R. Gulina wurde 2010 an der Universität Potsdam in Migration Studies und 2002 zur Doktorin der Rechtswissenschaften an der Baschkirischen Staatlichen Universität in Russland promoviert. Sie ist Mitbegründerin des Institutes on Migration Policy (RUSMPI UG, <https://www.rusmpi.org/>).

Stefan Melle ist Osteuropaexperte und Journalist. Seit 2006 Geschäftsführer des DRA e.V. in Berlin. Leitung bilateraler und europäischer Projekte in den Feldern Stärkung der Zivilgesellschaft, Medien, Bildung, Soziales, Umwelt, Konfliktbearbeitung. 2016 Mit-Initiator der vom DRA koordinierten Plattform für die Überwindung des Donbas-Konflikts CivilM+, 2009 Mit-Initiator des EU-Russland-Zivilgesellschaftsforums (CSF), dessen Sekretariat und Projektarbeit 2014–2017 beim DRA aufgebaut wurden.

Literaturtipps

- Olga Gulina, Alexander Dubowy, Andrey Kortunov und Stefan Melle: Building Bridges: EU-Russia Visa Liberalisation and Visa Facilitation Dialogue, in: Background Note, EU-Russia Civil Society Forum, October 2020. Abrufbar unter: <https://eu-russia-csf.org/wp-content/uploads/2020/10/BackgroundNoteEURussiaVisaFacilitationLiberalisationFINAL.pdf>
- Michail Fedotow und Dirk Wiese: Weniger Visumpflicht, Mehr Freundschaft, in: Frankfurter Rundschau, 19.11.2019. Abrufbar unter: <https://www.fr.de/meinung/weniger-visumpflicht-mehr-freundschaft-13233018.html>

Gemeinsam geht mehr! Visafreiheit für russische Jugendliche

Kirill Shamiev (Central European University, Wien)

Das Ergebnis des von Präsident Wladimir Putin im Juni 2020 initiierten Verfassungsreferendums wurde von der Präsidentschaftsverwaltung als großer Erfolg verbucht. Doch fast 60 Prozent der Russ:innen unter dreißig Jahren schätzen die Entwicklungen in Russland negativ ein und waren laut einer Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums mehrheitlich gegen die Verfassungsänderungen.

Jüngere Russ:innen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufgewachsen sind, sind im Internet zuhause, sprechen Fremdsprachen und ähneln kulturell gesehen ihren westlichen Altersgenoss:innen. Dennoch werden ihre Freiheiten nicht nur durch den Kreml beschnitten, sondern auch durch die Politik des Westens. Die Visaregelungen sind eine Demütigung: Nicht einmal zu touristischen Zwecken können russische Jugendliche in westliche Länder einreisen, um andere Kulturen hautnah erleben zu können.

Dem Westen bietet sich aber die Chance, den Generationswechsel in Russland zu nutzen, um friedliche Beziehungen in der Gegenwart und bessere Zusammenarbeit mit Russland in der Zukunft zu fördern. Würde man es jungen Russ:innen ermöglichen, den Westen ohne Hindernisse zu erkunden, bevor sie in das Erwachsenenalter eintreten, so könnte dies auch dazu beitragen, dass sich diese Russ:innen stärker mit westlichen Werten und dessen Entwicklung verbunden fühlen. Dies würde ihnen auch erlauben, der negativen medialen Darstellung von Russlands Nachbarn, die durch den Kreml befeuert wird, besser gewappnet entgegenzutreten.

Wir sind uns sehr ähnlich, doch es liegen Gräben zwischen uns

In Russland leben derzeit etwa 40 Millionen Russ:innen im Alter unter fünfundzwanzig Jahren, von denen 15 Millionen zwischen fünfzehn und fünfundzwanzig Jahre alt sind. Die älteste Kohorte war gerade einmal neunzehn, als die Krise in der Ukraine ausbrach. Die politischen und ökologischen Proteste der letzten fünf Jahre haben gezeigt, wie sich die politische Demografie Russlands verändert hat: Immer mehr junge Schulabsolvent:innen schließen sich sozialen Bewegungen an oder engagieren sich zivilgesellschaftlich. Eine neue Studie von Maria Snegowaja, Denis Wolkow und Stepan Gontscharow über das bürgerschaftliche Engagement der russischen Jugend hat gezeigt, dass jüngere Russ:innen weniger paternalistisch sind, unternehmerisch denken und sich vorwiegend im Internet informieren. Sie haben im Allgemeinen eine relativ positive Sicht auf den Westen und blicken mit großer Offenheit auf andere Länder (<https://cepa.org/russian-youth-and-civic-engagement>).

In Putins Russland tut sich demnach eine immer größere Kluft zwischen den Generationen auf. Die älteren Generationen sind für den Kreml weiterhin eine der wichtigsten Legitimationsquellen. Die Jugend dagegen hat der Politik weitestgehend den Rücken gekehrt, weil sie für sich keine Aufstiegschancen in den bestehenden politischen Strukturen des Landes sehen.

Junge Russ:innen, die mindestens einmal ins Ausland gereist sind, identifizieren sich stärker mit Europa und haben ein offeneres Weltbild als ihre Altersgenoss:innen, die das Land nie verlassen haben. Das geht aus einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervor (<https://www.fes.de/en/beitraege/youth-studies-russia>). Sie schätzen die Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Chancen zur persönlichen Entfaltung in westlichen Ländern als besser ein als in Russland. Wie Jill Dougherty es ausdrückte, ist für junge Russ:innen also »der Westen ein Ort, an dem die Dinge tatsächlich funktionieren« (<https://www.wilsoncenter.org/audio/kennanx-episode-12-putin-generation>). Aber nur ein Bruchteil von ihnen bekommt auch tatsächlich die Chance, dies mit eigenen Augen zu erkunden. Die USA sowie west- und zentraleuropäische Länder hätten aber durchaus die Möglichkeit, mehr Russ:innen anzulocken. Dafür wäre nötig, dass die Reisebeschränkungen für Russ:innen unter 25 Jahren gelockert werden.

Der eiserne Visavorhang

Wie aus einer Statistik der Welttourismusorganisation zu entnehmen ist, sind Visabeschränkungen, zu denen auch lange und umständliche Verfahren in ausländischen Konsulaten in Russland gehören, einer der Hauptgründe gewesen, die russische Bürger:innen nach 2014 von Reisen ins Ausland abhielten. Des Weiteren zählten dazu aber auch die Befürchtungen, am Zielort der Reise nicht willkommen zu sein und eine grundsätzliche Skepsis gegenüber weiten Reisen (<https://mtu.gov.hu/documents/prod/9789284416714.pdf>).

Angesichts der beschränkten Möglichkeiten, in die USA oder die EU einzureisen, besuchen viele, insbesondere auch jüngere Russ:innen, lieber türkische Strände oder den russischen Ferienort Sotschi, als eine Reise zu planen, für die ein Visum erforderlich ist. Einen Visumantrag zu stellen ist oft ein langwieriger Prozess: ein Antragsformular muss ausgefüllt werden, Kontoauszüge, Arbeitsbescheinigungen und Nachweise über Reiseunterkünfte sowie gültige Reisetickets und eine Bestätigung über die Begleichung der Gebühr müssen gesammelt und vorgewiesen werden. Alle nötigen

Schritte dafür müssen mindestens zwei Wochen vor der Reise erledigt sein.

Die zahlreichen »Visa-Agenturen«, die sich vor den Visa-Zentren tummeln und vorgeben, diesen Prozess zu »erleichtern«, stellen lediglich eine Reaktion des russischen Marktes auf die deprimierende Lage im Hinblick auf die Freizügigkeit in Europa dar. Um sich Aufwand zu ersparen, bezahlen Russ:innen diese Agenturen bereitwillig dafür, ihren Antrag auszufüllen, die nötigen Dokumente beizufügen und den ganzen Stapel im Visazentrum abzuliefern, um dies nicht selbst tun zu müssen. »Ihr seid nicht europäisch genug, um frei einzureisen« ist das Signal, das den Russ:innen aus den USA und den Ländern des Schengen-Raums entgegenschlägt. Die sechszwanzig europäischen Länder des Schengen-Raums haben untereinander bekanntermaßen die Grenzkontrollen abgeschafft, fordern aber für die Einreise von Außenstehenden ein Visum. Junge Russ:innen unterscheiden sich kulturell allerdings sehr wenig von ihren Gleichaltrigen im Westen.

Das EU-Institut für Sicherheitsstudien EUISS prognostizierte, dass eine Visaliberalisierung zu einer positiveren Haltung gegenüber der EU führen würde. Das EUISS führt dies auf die Erlebnisse zurück, die mit Gleichaltrigen aus der EU geteilt werden würden, aber auch auf ein wachsendes Misstrauen gegenüber staatlich kontrollierten Medien in Russland und eine positive Wahrnehmung des europäischen Lebensstandards (<https://www.jstor.org/stable/pdf/resrep21146.10.pdf?refreqid=excelsior%3A5914ccee033dcb21eaadfeee1398df19>). Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten müssen einerseits den feindseligen Handlungen des Kremls entschlossen entgegenzutreten. Gleichzeitig sollte aber auch ein positives Bild des Westens unter den russischen Bürger:innen gefördert werden, betonte kürzlich Victoria Nuland, die ehemalige stellvertretende US-Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten (<https://www.foreignaffairs.com/articles/russian-federation/2020-06-09/pinning-down-putin>) kürzlich. Sie schlug vor, dass die US-Regierung und die europäischen Länder visafreies Reisen für Russ:innen im Alter zwischen sechzehn und zweiundzwanzig Jahren erlauben und Praktika in amerikanischen und europäischen Firmen für diese Zielgruppe ausschreiben könnten. Die obere Altersgrenze müsste jedoch eher höher sein, um Russ:innen die Immatrikulation für Master-Studiengänge an amerikanischen und europäischen Universitä-

ten zu ermöglichen. Idealerweise sollte die Altersgrenze mit der Zeit angehoben werden.

Eine weitere Entwicklung lässt sich prognostizieren: Nach der COVID-19-Pandemie werden westliche Regierungen ein großes Interesse daran haben, ihre von der Katastrophe schwer getroffenen Tourismusbranchen neues Leben einzuhauchen. Russland ist weltweit die viertgrößte Quelle von Touristen (<https://mtu.gov.hu/documents/prod/9789284416714.pdf>). Der Zustrom von jungen russischen Tourist:innen könnte somit andere Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft ergänzen. Es ist allerdings recht unwahrscheinlich, dass russische Jugendliche die teuren westeuropäischen Hauptstädte besuchen. Hostels, Clubs, Bars und Museen in Prag, Budapest, Warschau oder Tallinn könnten jedoch zu beliebten Reisezielen für junge Menschen aus russischen Großstädten avancieren. Überraschenderweise ist der Kreml der EU und den USA einen Schritt im Wettbewerb um Touristen voraus. Die seit Jahresbeginn eingeführten elektronischen Visa (<https://www.traveldaily.com/russia-introduces-new-e-visa-for-citizens-of-52-countries/>) erlauben es Bürger:innen aus zweiundfünfzig Ländern, einschließlich der Mitgliedsstaaten des Schengen-Raums, Visa bis spätestens vier Tage vor der Einreise online zu beantragen. Dabei müssen keine Nachweise über Unterkünfte und Tickets vorgelegt werden. Eine ähnliche Liberalisierung der Visabestimmungen für junge Russ:innen, die die EU und die USA besuchen wollen, könnte ebenso einen Beitrag dazu leisten, die westlichen Volkswirtschaften anzukurbeln.

Die derzeitigen Visabeschränkungen zwischen der EU und Russland stehen an einem Scheideweg (<https://eu-russia-csf.org/wp-content/uploads/2020/10/BackgroundNoteEURussiaVisaFacilitationLiberalisationFINAL.pdf>). Eine Liberalisierung der Visabestimmungen für Russ:innen, die zuerst Jugendliche ins Auge fassen sollte, könnte ein hervorragendes Mittel sein, um diesen den oft gescholtenen Westen näherzubringen. So wäre auch gleichzeitig ein probates Mittel gegen propagandistische Narrative des Kremls gefunden. Auch die von der Pandemie stark in Mitleidenschaft gezogene Tourismusindustrie beider Seiten würde davon profitieren. Insbesondere die Erfahrungen, die Russ:innen in der Jugend gesammelt haben, werden später ihre Weltsicht im Erwachsenenleben prägen. Gerade weil der Kreml die Türen ins Ausland immer weiter schließt, sollte der Westen diese für russische Jugendliche öffnen.

Dieser Text erschien am 09. Dezember 2020 auf der Webseite des Kennan Instituts und ist im englischen Original abrufbar unter: <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/bowling-together-young-russians-and-visa-free-regime>

Über den Autor

Kirill Shamiev ist Junior Research Fellow am Center for Comparative Governance Studies an der Higher School of Economics in Sankt Petersburg und Doktorand in Fachbereich Public Policy der Central European University in Wien.

Illegale Passportisierungspolitik im Donbas macht Visa-Liberalisierung unmöglich

Manuel Sarrazin (Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Vereinfachung von Visa-Verfahren steht seit mehr als zwei Jahrzehnten auf der politischen Agenda bilateraler Gespräche zwischen EU und Russland und hat in dieser Zeit – beispielsweise mit der Erleichterung von Visa-Erteilungen seit 2007 – auch zu relevanten Ergebnissen geführt. Während gleichzeitig in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Ländern der Östlichen Partnerschaft und des Westbalkans Visa-Liberalisierungen der EU eingeführt worden sind, hinkte diese Entwicklung und die politische Debatte darüber in Bezug auf die Russländische Föderation hinterher.

Tatsächlich waren es Außenpolitikerinnen und -politiker, so auch der Autor, die immer wieder auf die positiven Wirkungen einer Visa-Liberalisierung gegenüber Russland für die Entwicklung einer offeneren Gesellschaft, für die Kontakte der Zivilgesellschaften, aber letztlich auch für die Möglichkeit von Aktivistinnen und Aktivisten im Zweifel schnell und unkompliziert in die EU einreisen zu können, hingewiesen haben. Die harte Front der Innenpolitik, der schon die Liberalisierungen auf dem Westlichen Balkan und gegenüber Georgien ein Dorn im Auge waren, und die immer noch präsende Debatte zum Ende der rot-grünen Bundesregierung um die teilweise missbräuchliche Visa-Vergabe an der Deutschen Botschaft in Kiew, schienen aber ein zunächst unüberwindbares Hindernis darzustellen. Außerdem braucht es die Voraussetzungen, dass die russische Seite die harten technischen Anforderungen wie alle anderen Staaten exakt erfüllen würde.

Diese Lage hat sich mit der Einführung der offensiven Passportisierungspolitik des Kremls in der Ukraine radikal verändert. Zwar hat der Kreml schon seit langer Zeit die Vergabe von Pässen zu einem Mittel der Außenpolitik gemacht und diese auch gezielt zur Destabilisierung anderer Staaten eingesetzt. Die konkrete Konfiguration des Krieges in der Ostukraine und die fortdauernde Implementierung der Passportisierungsdekrete machen es aber unmöglich, mit Russland über eine Visaliberalisierung zu verhandeln, solange diese Politik nicht beendet und rückgängig gemacht worden ist. Der russische Pass ist – leider – mehr denn je eine Waffe des Kremls in der hybriden Kriegsführung in unserer Nachbarschaft.

Seit der Visa-Liberalisierung mit der Ukraine können ukrainische Staatsangehörige visumfrei in die EU einreisen. Ein wichtiger Schritt für das Land in Rich-

tung der EU und ein Zeichen an die Menschen in der Ukraine, dass sich ihr Weg von Reformen und Demokratie auszahlt. Aber auch eine unzweifelhafte Aufwertung des ukrainischen Passes und der ukrainischen Staatsbürgerschaft. Nun sind Visa-Liberalisierungen natürlich nicht in erster Linie eine Belohnung für eine lobenswerte Reformpolitik, sondern können auch dazu dienen, ebensolche Reformen gegen eine unwillige politische Elite zu befördern oder zu unterstützen. In der Ostukraine stellt sich die Lage allerdings anders da. Die russische Regierung versucht ukrainische Staatsangehörige dort zu einer Entscheidung für den russischen Pass zu zwingen. Ähnlich ergeht es auch vielen ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die vor dem Krieg in die Russländische Föderation geflohen sind. Selbst wenn diese Ukrainerin oder Ukrainer bleiben wollen sind die administrativen Hürden hierfür in Russland ausgesprochen hoch. Das Ziel ist klar: Zunächst sollen die Menschen mit beiden Pässen leben können, aber früher oder später müssen sie sich entscheiden und den russischen Pass annehmen.

Zunächst ist festzuhalten, dass vor allen Dingen die Passvergabe in der Ukraine – in den so genannten Volksrepubliken, aber auch darüber hinaus – ein eklatanter Verstoß gegen den Geist des Minsker Abkommens und gegen die Souveränität der Ukraine ist. Der Pass ist ein wesentliches Instrument zur Russifizierung der besetzten Gebiete im Donbas. In dieser Situation eine massive Aufwertung ausgerechnet des russischen Passes im bilateralen Verhältnis EU-Russland vorzunehmen, würde auf nichts anderes als eine immanente Legitimierung dieser russischen Politik hinauslaufen. Sie wäre ein Zeichen der Normalisierung, ja sogar der Belohnung der Politik des Kremls, ausgerechnet in einem Bereich, der eigentlich eine härtere Sanktionierung aufgrund der Verstöße gegen das Minsker Abkommen erfordern würde. In Russland selbst spitzen sich derweilen die innenpolitischen Repressionen akut zu. Stattdessen sollte die EU sich darauf konzentrieren, die ukrainische Regierung dabei zu unterstützen, es ihren Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in den besetzten Gebieten und in der Russländischen Föderation zu ermöglichen, zumindest in Bezug auf die ukrainischen Vorgaben und Verfahren erleichtert ihren ukrainischen Pass und damit die Visa-freiheit in die EU behalten zu können.

Über den Autor

Manuel Sarrazin ist Sprecher für Osteuropapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Mit Visafreiheit Brücken in Krisenzeiten schlagen

Renata Alt (Mitglied des Deutschen Bundestages, FDP)

Die Liberalisierung des Visaverfahrens zwischen der EU und Russland stand lange ganz oben auf der Agenda der bilateralen Beziehungen. Auch wenn derzeit durch die COVID-Pandemie Reisefreiheit nicht weit vorne auf der Prioritätenliste steht, kann man davon ausgehen, dass nach der Pandemie dieses Thema wieder an Bedeutung für die bilateralen Beziehungen gewinnen wird. Denn beide Seiten strebten lange eine Vereinfachung oder gar Abschaffung der langwierigen und oft kostspieligen Verfahren an. Doch seit der Krim-Annektion und der russischen Einmischung in der Ostukraine liegt der Dialog über die Visaliberalisierung auf Eis. Eine konsequente Entscheidung, denn die EU kann nicht Sanktionen gegen Russland verhängen und gleichzeitig über Visaliberalisierung verhandeln. Solange Russland großzügig Pässe in Regionen wie dem Donbass, Südossetien und Abchasien verteilt, bleibt die Visavergabe an russische Staatsbürger ein Politikum. Auch die Sicherheitsrisiken, die mit Einreisen aus Russland einhergehen, sollten nicht unterschätzt werden. Schließlich kam der Angeklagte im Tiergartenmord mit einem Schengenvisum nach Deutschland.

Und doch ist Russland ein zu wichtiger Nachbar, als dass wir es uns leisten könnten, die Beziehungen zu ihm langfristig auf Eis zu legen. Wir müssen uns daher die Frage stellen, wie wir die EU-Russland Beziehungen fortan gestalten wollen. Derzeit beruht die Russlandpolitik der EU auf zwei Säulen. Die eine sind Sanktionen, die in Folge der Krim-Annektion und der russischen Einmischung in der Ukraine beschlossen wurden. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Russland und der Schaffung einer Rechtsgrundlage für personenbezogene Sanktionen in der EU, kann man in Zukunft mit der Ausweitung der Sanktionslisten rechnen.

Die zweite Säule bilden die im Jahr 2016 ausformulierten Mogherini-Prinzipien. Diese sehen vor allem Maßnahmen vor, die russischer Aggression entgegen gesetzt werden sollen und beinhalten die Forderung nach Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, den Ausbau der Beziehungen zu den Staaten der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens und die Stärkung der Resilienz innerhalb der EU gegenüber Bedrohungen aus Russland. Gleichzeitig soll die EU mit Russland in ausgewählten Bereichen von gemeinsamem Interesse kooperieren und einen Ausbau zwischenmenschlicher Kontakte und Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft anstreben.

Maßnahmen im Bereich Visaliberalisierung würden eben jene Hürden abbauen, die derzeit direkten Kon-

takten zwischen jungen EuropäerInnen und RussInnen im Wege stehen. So schwerwiegend wie die Argumente gegen eine Visaliberalisierung mit Russland sein mögen, bin ich der festen Überzeugung, dass es einer Visaliberalisierung für junge Menschen bedarf. Entscheidend ist der politische Wille, der russischen Bevölkerung – wohlgerne nicht dem Staat – momentan entgegen zu kommen. Dabei wäre solch ein Schritt gerade jetzt wichtiger denn je. Viele junge Russen sind sehr weltoffen, informieren sich über kritische Online-Medien und sind dem Westen gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Doch sie verreisen lieber in die Türkei oder nach Vietnam. Denn während sich die EU-Russland Beziehungen verschlechterten und die Visaliberalisierung von der Agenda genommen wurde, fand Russland andere Partner, die sich für freien Personenverkehr bereit zeigten. Russland hat sein Visaverfahren mit vielen Ländern in Asien, Lateinamerika sowie mit Israel liberalisiert oder komplett abgeschafft. Ein Schengen-Visum zu beantragen ist hingegen eine recht aufwändige Angelegenheit, sodass in vielen Fällen Agenturen zwischengeschaltet werden. Das lässt die Kosten eines Visums in die Höhe schießen und schaffte gerade für junge Menschen eine enorm hohe Hürde, nach Europa zu reisen.

Dass Reisen und Kontakte im Ausland Gesellschaften einander näherbringen, hat man während der Fußball-WM 2018 gesehen, als Fans ohne Visum nach Russland einreisen durften. Die russische Gesellschaft zeigte sich damals von ihrer weltoffenen und toleranten Seite. Die Möglichkeit visafrei zu reisen würde jungen RussInnen die Gelegenheit bieten, sich ein eigenes und ungefärbtes Bild von Europa zu machen. Auch die EU würde von der Visaliberalisierung für junge Russen profitieren. Neben den klassischen und unter gut situierten RussInnen ohnehin beliebten Reisezielen wie Paris, Rom oder Wien könnten vor allem günstigere und an Russland näher liegende Touristenstädte wie Breslau, Tallinn oder Budapest von einem Zustrom an russischen Touristen profitieren. Insbesondere Reisen nach Polen und in die baltischen Staaten, die von der russischen Staatspropaganda immer wieder als schlimmste Feinde Russlands inszeniert werden, könnten die Menschen vom Gegenteil überzeugen.

Nicht zuletzt wäre die Visaliberalisierung für junge RussInnen wichtig, um die Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene aufrechtzuerhalten. Vor kurzem wurden in Russland mehrere Gesetze verabschiedet, die es ermöglichen, auch natürliche Personen als »ausländische Agenten« einzustufen und als solche zu verfolgen.

Oft reicht es aus, zu Schulungen und Seminaren in die EU eingeladen zu werden, um ins Visier der Sicherheitskräfte zu geraten. Die Zivilgesellschaft wird es unter diesen Umständen immer schwerer haben, sich als solche zu positionieren und die Vorteile offizieller Zusammenarbeit mit westlichen Partnern zu nutzen. Vereinfachte Visaverfahren, bei denen man möglichst wenige offizielle Unterlagen einreichen muss, sind die geringste Art der Unterstützung, die wir jungen AktivistInnen zukommen lassen sollten.

Über die Autorin

Renata Alt wurde in der ehemaligen Tschechoslowakei geboren. Nach dem Studium zur Diplom-Chemieingenieurin war sie im Außenhandel sowie im Prager Außenhandelsministerium tätig, bevor sie als Attaché der Tschechoslowakei nach Deutschland kam. Seit 2017 ist sie Mitglied im Deutschen Bundestag, ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Berichterstatterin für Mittel- und Osteuropa und den Balkan sowie Obfrau im Unterausschuss Zivile Krisenprävention.

Es gilt zu retten, was zu retten ist. In den vergangenen dreißig Jahren haben wir durch Jugendaustausch, Städtepartnerschaften und viele andere, kleinere Formate starke Bande geknüpft. Auch wenn jegliches Entgegenkommen gegenüber Russland wie die Visaliberalisierung gerade jetzt in den Augen vieler vollkommen falsche Signale senden würde, müssen wir als EU bereit sein, auf die russische Gesellschaft zuzugehen, statt sie für das Handeln ihrer Regierung abzustrafen.

DEKODER

Arbeitsmigration in Russland

Alexander Maier (Columbia University, New York)

Einleitung Dekoder

Spätestens seit dem wirtschaftlichen Aufschwung der 2000er ist Russland ein attraktives Ziel für Wanderarbeiter aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, insbesondere aus Zentralasien. Die Wirtschaftskraft dieser Länder hängt zum Teil erheblich von Rücküberweisungen aus Russland ab. Jüngste Verschärfungen des russischen Migrationsrechts haben Einreise und Arbeitsaufenthalt der Gastarbeiter jedoch erschwert.

Trotz der anhaltenden Rezession bleibt Russland ein Magnet für ausländische Arbeitskräfte und reichte sich im vergangenen Jahrzehnt stets in die Top-Fünf der Rangliste von Ländern mit der größten Anzahl von Immigranten ein (<https://www.migrationpolicy.org/article/russia-migration-system-soviet-roots>). Die Mehrheit dieser Einwanderer stammt aus den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens. Arbeitsmigranten aus Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan fanden in Zeiten des Gas- und Ölbooms der 2000er Jahre Anstellung im Baugewerbe, dem Straßenbetrieb und dem Dienstleistungssektor. Doch die anhaltende wirtschaftliche Flaute stellt viele dieser, mit dem deutschen Lehnwort als *Gastarbeiter* bezeichneten, Migranten vor eine schwierige Wahl. Die schwache heimische Wirtschaft und die autokratischen Regime Zentralasiens geben wenig Anlass zur Rückkehr. Gleichzeitig lassen die komplexe Rechtslage, der anhaltend schwache Rubel und oftmals miserable Arbeitsbedingungen das Arbeiten in Russland immer weniger lohnend erscheinen.

Ziel von Wanderarbeitern

Der Zerfall der Sowjetunion brachte nicht nur die Entstehung von 15 unabhängigen Nationalstaaten mit sich, sondern verwandelte die vormals bloß verwaltungstechnischen Abgrenzungen zwischen den Ex-Sowjetrepubliken in konkrete Staatsgrenzen. Das GUS-Abkommen ermöglichte ehemaligen Sowjetbürgern, diese neuen Grenzen zu überqueren und sich bis zu drei Monate ohne Visum in anderen GUS-Mitgliedsstaaten aufzuhalten. Die schnell voranschreitende Deindustrialisierung, in Verbindung mit rasantem Bevölkerungswachstum in der

Peripherie des früheren Sowjetreichs, machte aus diesem Recht auf Freizügigkeit häufig sogar eine Notwendigkeit.

Eine neue Generation postsowjetischer Bürger, zum Großteil aus dem ökonomisch hart getroffenen Zentralasien, versuchte im wirtschaftlich boomenden Russland der 2000er Jahre als Wanderarbeiter ihr Glück. Groß angelegte Bauprojekte und der zunehmende Bedarf an Serviceleistungen der neuen russischen Mittelschicht, sorgten für eine hohe Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften, die Russlands schrumpfende Bevölkerung selbst nicht befriedigen konnte.

Abhängig von Rücküberweisungen

Dabei lassen sich allerdings nur die wenigsten der geschätzten vier bis fünf Millionen Saisonarbeiter aus Zentralasien dauerhaft in Russland nieder. Während der Wintermonate kehren viele Migranten zu ihren Familien zurück, die oft wirtschaftlich völlig von dem Einkommen aus der Saisonarbeit abhängig sind. Dementsprechend hoch ist der Anteil von Geldsendungen am Bruttoinlandsprodukt Zentralasiens. Rücküberweisungen von Migranten entsprachen zu Zeiten des russischen Wirtschaftswunders der Hälfte des BIP im ökonomischen Schlusslicht der ehemaligen UdSSR: Tadschikistan. Ähnlich in Kirgistan – hier entsprachen die Heimatüberweisungen nahezu einem Drittel des BIP (<https://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaissues/brief/migration-remittances-data>).

Dementsprechend hart traf der wirtschaftliche Abschwung im Zuge fallender Ölpreise und westlicher Sanktionen gegen Russland die zentralasiatischen Volkswirtschaften. Ähnlich schnell wie der Rubelkurs fielen auch die Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten. In US-Dollar gemessene Geldsendungen nach Tadschikistan brachen 2016 auf weniger als 50 Prozent des Vorkrisenniveaus ein; für Usbekistan liegt dieser Wert bei 40 Prozent (<https://www.cbr.ru/statistics/>).

Jüngste Reformen im russischen Arbeits- und Migrationsrecht haben zudem den Erwerb einer Arbeitserlaubnis erheblich verkompliziert und verteuert. Einwanderer müssen seit 2015 innerhalb eines Monats nach Ankunft einen russischen Geschichts- und Sprachtest ablegen, ein Gesundheitszertifikat erwerben und einen Nachweis über Krankenversicherung vorlegen, bevor sie sich um die gebührenpflichtige Arbeitserlaubnis bemühen können (<http://america.aljazeera.com/articles/2015/2/27/new-russian-laws-make-life-difficult-for-migrant-workers.html>).

Kirgistans Bürger allerdings profitieren seit dem Eintritt in die Eurasische Wirtschaftsunion im August 2015 von der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb des Staatenverbunds und sind von diesen Auflagen befreit. So wurde Kirgistan weniger hart von der Krise getroffen – was der Regierung des widerwilligen Beitrittskandidaten Tadschikistan sicherlich nicht entgangen ist.

Verschärfte Gesetze

Die Reformen im russischen Migrationsrecht waren ursprünglich dazu gedacht, Arbeitsmigranten, die oft unter prekären Bedingungen in einer rechtlichen Grauzone arbeiten, einen regulären Aufenthaltsstatus zu verschaffen. Doch es bestehen weiterhin Zweifel am Erfolg dieser Maßnahmen. So befinden sich mehrere hunderttausend Ausländer auf der sogenannten schwarzen Liste der russischen Migrationsbehörde. Ihnen wird aufgrund von Vergehen gegen das Aufenthaltsrecht oder anderer Gesetzesverstöße die erneute Einreise nach Russland für drei bis fünf Jahre untersagt.

Migranten im Mediendiskurs

Nachdem der Ukraine-Konflikt lange Zeit das russische Fernsehen dominiert hatte, drohten 2017 wieder Migranten aus Zentralasien verstärkt zur Zielscheibe medialer Stigmatisierung zu werden. Nach dem tragischen Anschlag in der Sankt Petersburger U-Bahn, dessen mutmaßlicher Täter aus Kirgistan stammte, mehrten sich Stimmen, die ein »Russland für Russen« fordern. Obwohl die fremdenfeindlichen Stimmungen in der russischen Gesellschaft seit 2016 rückgängig sind, sind sie immer noch auf einem sehr hohem Niveau (<https://www.levada.ru/2017/08/23/16486/>). Auch vonseiten der russischen Regierung ist mit verschärften Kontrollen und größerer Überwachung zu rechnen, da nach Einschätzung des FSB Arbeitsmigranten aus GUS-Staaten zu den Hauptdrahtziehern der in Russland aktiven Terrororganisationen gehören (<http://echo.msk.ru/news/1961284-echo.html>).

Die fremdenfeindliche Atmosphäre schreckt jedoch nur wenige ab, auch der krisenbedingte Rückgang der Zuwanderungszahlen war nur von kurzer Dauer. Von 2016 bis 2019 stiegen diese mitsamt der Heimatüberweisungen in die zentralasiatischen Länder auf neue Rekordhöhen (<https://oxusociety.org/introducing-the-central-asia-migration-tracker/>). 2019 betrug die Gesamtsumme der Rücküberweisungen von Migranten aus Russland laut Weltbank (<https://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaissues/brief/migration-remittances-data>) 22,2 Milliarden US-Dollar – rund 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Russlands.

Das Corona-Jahr 2020 stoppte diese Entwicklung weitgehend: Verglichen mit dem Vorjahr reisten von Januar bis November nur halb so viele Ausländer nach Russland ein (<https://xn--b1aew.xn--p1ai/Deljatelnost/statistics/migracionnaya/item/22236053/>), in Moskau lebten offiziellen Angaben zufolge rund 40 Prozent weniger Gastarbeiter als 2019. Viele von ihnen wurden arbeitslos (<https://www.rbc.ru/newspaper/2020/11/03/5f9bf5269a794771485ceb51>), ihre ohnehin schwierige Lebenslage in Russland wurde noch prekärer (<https://www.hrw.org/news/2020/09/09/russia-faces-economic-downturn-migrant-workers-are-paying-price>). Zu Hause erwartet die zentralasiatischen Gastarbeiter aber eine kaum bessere Situation. Das insbesondere in Usbekistan und Tadschikistan von Repressionen geprägte politische Klima und die trüben wirtschaftlichen Aussichten werden trotz der schwächelnden russischen Wirtschaft und Corona wohl dafür sorgen, dass das Phänomen von Gastarbeiter in Russland auf absehbare Zeit bestehen bleibt.

Stand: 19.01.2021

Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Alexander Maier promoviert in Sozialanthropologie an der Columbia University zum Thema Migration zwischen Zentralasien und Russland.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekoder

[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

STATISTIK

Vergabe von Visa, Aufenthaltstitel und Staatsbürgerschaft an russische Staatsbürger:innen

Tabelle 1: Vergabe von Schengen-Visa an russische Staatsbürger:innen

	Anzahl der Anträge für einheitliche Schengen-Visa (USV)	Anzahl aller vergebenen einheitlichen Schengen-Visa (inklusive MEV)	Anzahl der vergebenen Visa für die mehrfache Einreise (MEV)	Anzahl der vergebenen Visa mit begrenzter räumlicher Gültigkeit (LTV)	Anzahl der nicht vergebenen einheitlichen Schengen-Visa	Prozentsatz der nicht vergebenen einheitlichen Schengen-Visa	Anteil der MEV
2014	5.768.182	5.702.624	3.420.557	-	54.088	1,0%	60,0%
2015	3.467.317	3.415.432	2.326.454	1.505	45.367	1,0%	68,0%
2016	3.177.621	3.134.413	2.526.192	1.080	38.566	1,2%	80,6%
2017	3.885.899	3.826.151	3.105.829	1.040	52.770	1,4%	83,8%
2018	3.695.670	3.631.318	2.973.868	1.172	57.425	1,6%	82,9%
2019	4.133.100	4.054.685	3.350.160	1.013	61.863	1,5%	82,6%

Quelle: Schengen Visa Info, 2014-2019 Schengen visa statistics by third country; <https://statistics.schengenvisa.info.com/2019-schengen-visa-statistics-by-third-country/>

Tabelle 2: Anzahl der 2019 vergebenen Schengen-Visa im Vergleich

	Anzahl der Anträge für einheitliche Schengen-Visa (USV)	Anzahl aller vergebenen einheitlichen Schengen-Visa (inklusive MEV)	Anzahl der vergebenen Visa für die mehrfache Einreise (MEV)	Anzahl der vergebenen Visa mit begrenzter räumlicher Gültigkeit (LTV)
Russland	4.133.100	4.054.685	3.350.160	1.013
China	2.971.032	2.847.049	973.540	165
Belarus	645.722	643.474	550.656	195
Ukraine	197.697	185.957	33.757	79
USA	172.965	162.728	71.220	1.392

Quelle: Schengen Visa Info, 2019 Schengen visa statistics by third country; <https://statistics.schengenvisa.info.com/2019-schengen-visa-statistics-by-third-country/>

Tabelle 3: Erstmals erteilte Aufenthaltstitel der Europäischen Union an Personen mit russischer Staatsbürgerschaft 2010–2019 im Vergleich zur Ukraine und Belarus

	Personen russischer Staatsbürgerschaft	Personen ukrainischer Staatsbürgerschaft	Personen belarusischer Staatsbürgerschaft
2010	59.940	166.950	10.386
2011	60.382	125.754	15.374
2012	65.660	160.222	29.282
2013	72.837	236.474	76.793
2014	75.598	305.599	80.478
2015	73.777	500.051	82.040
2016	71.012	584.590	35.533
2017	66.530	662.863	51.855
2018	72.991*	63.7142*	63.694*
2019	75.788**	75.6548**	70.095**

* Zeitreihenbruch

** abweichende Definition (siehe Metadaten)

Quelle: Eurostat, Data Browser, Erstmals erteilte Aufenthaltstitel nach dem Grund für die Erteilung, der Gültigkeitsdauer und nach der Staatsangehörigkeit; https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/MIGR_RESFIRST__custom_333053/default/table?lang=de

Tabelle 4: Anzahl der an russische Staatsbürger:innen erteilten Staatsbürgerschaften durch Mitgliedsstaaten der Europäischen Union 2002–2018

EU-Mitgliedsstaat	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Belgien	182	153	244	297	487	1.533	2.599	1.647	1.641	1.032	1.439	1.525	641	950	1.029	973	896
Bulgarien	532	370	307	192	244	235	232	104*	79	81	410	103	146**	214	488	174	190
Dänemark	65	26	104	88	84	54	72	156	100	80	85	62	31	147	232	330	110
Deutschland	3.735	2.764	4.381	5.055	4.679	4.069	2.439	2.477	4.191	4.197	4.211	3.954	4.896	4.539	4.833	4.725	4.930**
Estland	134	37	152	412	355	267	149	87	75	156	173	169	205	133	244*	224	199
Finnland	474	1.808	27.374	2.094	1.399	1.665	2.211	1.026	1.925	1.652	2.477	2.103	2.317	1.728	2.028	2.758	1.766
Frankreich	-	-	1.195	1.132	-	2.078	3.530	327	304	3.390	2.203	2.517	3.040	2.654	4.094	3.550	2.011
Griechenland	-	-	-	-	-	222	834	410	611	277	201	372	309	310	391	345	353
Niederlande	364	218	247	530	479	421	436	400	275	295	449	302	448	349	421	398	412
Italien	-	463	-	-	-	-	1.772	1.403	1.881	888	1.351	1.557	1.484	1.499	1.684	1.309	1.232
Irland	-	-	-	81	109	86	159	253	253	288	464	328	319	154	109	96	91
Kroatien	-	-	-	-	-	22	49	37	27	15	26	24	11	32	36	13	30
Lettland	31	9	43	98	177	132	93	54	67	49	82	71	109	70	127	116	107
Litauen	76	113	179	151	151	113	104	58	37	64	55	29	62	56	57	52	32
Luxemburg	5	2	5	8	13	10	10	40	50	30	17	22	30	40	31	60	76
Malta	-	-	-	-	-	36	19	19	38	18	69	34	22	261	493	464	55
Österreich	161	83	194	235	228	128	127	135	137	296	316	427	431	298	337	323	373
Polen	20	52	145	257	123	114	107	162	215	254	244	199	361	250	236	220	243
Portugal	10	8	9	15	23	-	259	535	580	590	506	515	395	327	359	194	272
Rumänien	1	3	7	3	3	3	32	18	-	-	-	24	10	16	6	-	-
Schweden	626	642	535	886	1.510	919	759	865	769	948	957	940	724	798	816	982	691
Slowakei	43	65	96	37	35	42	26	11	8	8	3	20	5	5	7	6	27
Slowenien	51	15	36	25	13	11	13	20	6	19	13	12	26	8	11	17	7
Spanien	105	116	114	130	210	213	281	262	324	327	221	684	939	518	711	297	502
Tschechien	65	7	86	134	107	102	88	68	74	66	183	174	502	308	690	590	448
Ungarn	5	91	87	162	108	7	156	119	111	168	151	97	170	131	119	75	89
Vereinigtes Königreich	-	1.160	1.390	2.235	1.830	1.883	1.379	1.996	1.701	1.442	1.861	2.073	1.591	1.536	1.649	1.220	1.477
Zypern	5	15	-	-	116	59	131	233	155	112	99	127	260	539	540	679	628

* Zeitreihenbruch

** vorläufig

Quelle: Eurostat, Acquisition of citizenship by age group, sex and former citizenship; <https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>

Henley & Partners Passport Index

Tabelle 5: Die Top 10 und ausgewählte Länder des Henley & Partners Passport Index 2006–2020

Rang- listenplatz 2020	Land	Anzahl der Staaten/ Territorien, in die Inhaber:innen eines Passes ohne ein vorher beantragtes Visum einreisen dürfen (von 226)													
		2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2008	2006
1	Japan	191	191	190	190	172	173	171	172	170	165	170	160	154	128
2	Singapur	190	190	190	189	173	173	169	170	167	161	164	155	150	122
3	Deutschland	189	189	188	188	176	177	173	174	172	168	172	161	155	129
	Südkorea	189	189	188	188	170	172	171	172	166	160	163	151	144	115
4	Finnland	188	188	188	187	174	175	172	174	173	168	173	162	156	130
	Italien	188	188	187	187	174	175	171	172	171	166	171	161	154	128
	Luxemburg	188	188	187	186	173	172	171	172	172	166	171	162	154	125
	Spanien	188	188	186	187	174	175	170	172	170	165	170	160	154	127
5	Dänemark	187	187	187	187	174	174	171	173	172	169	173	164	157	130
	Österreich	187	187	185	186	173	173	169	171	168	163	168	158	153	125
6	Frankreich	186	186	186	188	173	175	171	172	170	167	171	161	152	128
	Irland	186	186	184	185	172	172	169	171	170	165	169	159	156	129
	Niederlande	186	186	185	186	173	174	171	172	171	167	171	161	154	126
	Portugal	186	186	185	186	171	172	170	172	170	165	170	158	156	123
	Schweden	186	186	186	187	175	176	172	174	173	168	173	163	155	129
7	Belgien	185	185	184	185	173	174	170	172	171	167	171	160	155	127
	Großbritannien	185	185	184	186	173	175	173	174	173	167	171	166	152	128
	Neuseeland	185	185	182	182	172	171	170	170	168	165	166	157	150	125
	Norwegen	185	185	184	186	173	172	171	171	170	165	170	159	153	127
	Schweiz	185	185	184	185	171	172	169	170	168	162	167	155	149	127
	USA	185	185	184	186	172	174	172	174	172	166	169	159	155	130
8	Australien	184	184	181	183	170	169	168	168	167	163	166	157	151	120
	Tschechien	184	184	183	182	168	167	164	162	155	152	155	142	131	98
	Griechenland	184	184	184	183	171	171	167	169	167	162	166	153	149	120
	Malta	184	184	183	183	167	168	167	166	163	156	160	146	139	115
9	Kanada	183	183	184	185	171	172	170	173	170	163	164	157	154	125
10	Ungarn	182	182	180	180	167	167	163	162	157	153	157	142	131	101
11	Polen	181	181	174	175	162	161	158	157	153	150	154	145	132	106
12	Estland	179	179	179	178	164	162	159	157	152	149	153	140	127	91
41	Ukraine	130	129	126	128	82	81	79	79	77	76	69	64	50	32
50	Russland	116	117	117	119	106	105	102	100	95	94	89	83	60	35
70	Belarus	75	75	75	77	67	67	62	63	61	59	57	56	49	32
70	China	75	75	71	74	51	50	45	45	44	41	40	38	33	18

Quelle: Henley & Partners Passport Index; <https://www.henleypassportindex.com/passport-index>

Einreise von EU-Bürger:innen nach Russland

Tabelle 1: Einreise von Bürger:innen der EU und der Schweiz in die Russische Föderation 2014, 2016 und 2019

	2014	2016	2019
Österreich	67.392	56.663	67.429
Belgien	37.441	37.492	42.473
Bulgarien	42.230	41.290	41.083
Ungarn	28.421	25.313	35.541
Deutschland	635.153	613.370	744.473
Griechenland	46.450	25.313	44.784
Dänemark	33.271	22.059	24.662
Irland	13.056	12.106	16.204
Spanien	100.206	116.032	140.181
Italien	219.976	208.689	251.751
Lettland	374.701	360.603	365.783
Litauen	487.206	281.168	253.950
Luxemburg	2.190	2.183	2.862
Niederlande	80.543	68.017	84.651
Polen	1.823.143	1.056.013	680.382
Rumänien	28.391	23.684	32.779
Slowakei	24.962	23.555	29.801
Slowenien	12.312	10.544	12.602
Großbritannien	228.346	190.278	194.965
Finnland	1.446.169	1.376.646	938.693
Frankreich	219.210	201.260	249.410
Kroatien	18.040	16.732	19.243
Tschechische Republik	68.875	47.288	57.835
Schweiz	50.838	52.656	55.747
Schweden	49.908	39.153	43.198
Estland	363.942	433.926	540.062

Quelle: Daten des Unified Interdepartmental Statistical Information System (UISIS) der Russischen Föderation, Zusammenstellung in Gulina, Olga (Hrsg.) (2020): »Building Bridges: EU-Russia Visa Liberalisation and Visa Facilitation Dialogue«, EU-Russia Civil Society Forum.

Tabelle 2: Top 10 der Einreise von Bürger:innen des Schengen-Raums in die Russische Föderation 2019 nach Zweck des Visums und im Vergleich zu 2014 und 2016

		2014	2016	2019
1. Finnland	Insgesamt	1.446.169	1.376.646	938.693
	Geschäftlich	907.958	870.394	510.612
	Beruflich	-	-	3.573
	Touristisch	68.618	67.505	67.701
	Privat	404.117	383.288	317.37
	Studium	-	-	419
2. Deutschland	Insgesamt	635.153	613.37	744.473
	Geschäftlich	179.979	141.729	121.566
	Beruflich	-	-	18.559
	Touristisch	349.481	389.202	522.164
	Privat	56.724	51.904	48.527
	Studium	-	-	1.666
3. Polen	Insgesamt	1.823.143	1.056.013	680.382
	Geschäftlich	208.231	331.712	579.216
	Beruflich	-	-	4.980
	Touristisch	17.905	23.565	46.254
	Privat	1.548.200	665.734	15.550
	Studium	-	-	292
4. Estland	Insgesamt	363.942	433.926	526.641
	Geschäftlich	225.884	304.200	360.523
	Beruflich	-	-	2.529
	Touristisch	25.936	37.985	69.025
	Privat	79.926	74.062	94.384
	Studium	-	-	180
5. Lettland	Insgesamt	374.701	360.603	365.783
	Geschäftlich	196.253	164.996	145.712
	Beruflich	-	-	5.419
	Touristisch	29.199	36.549	60.211
	Privat	72.715	91.414	48.930
	Studium	-	-	846
6. Litauen	Insgesamt	487.206	281.168	253.950
	Geschäftlich	356.254	189.994	135.734
	Beruflich	-	-	6.210
	Touristisch	20.081	20.850	57.058
	Privat	50.855	40.763	33.648
	Studium	-	-	539
7. Italien	Insgesamt	219.976	208.689	251.751
	Geschäftlich	78.089	63.867	52.771
	Beruflich	-	-	14.160
	Touristisch	107.072	116.847	154.844
	Privat	24.448	18.367	19.852
	Studium	-	-	2.089
8. Frankreich	Insgesamt	21.921	201.260	249.410
	Geschäftlich	73.551	58.667	41.160
	Beruflich	-	-	11.496
	Touristisch	94.941	101.418	154.251
	Privat	34.272	27.157	25.527
	Studium	-	-	1.698
9. Großbritannien	Insgesamt	228.346	190.278	194.965
	Geschäftlich	66.069	47.408	31.261
	Beruflich	-	-	7.799
	Touristisch	134.314	122.111	133.815
	Privat	17.919	13.540	12.353
	Studium	-	-	1.534
10. Spanien	Insgesamt	100.206	116.032	140.181
	Geschäftlich	19.748	14.864	13.472
	Beruflich	-	-	2.100
	Touristisch	60.443	87.139	110.850
	Privat	10.869	7.927	8.384
	Studium	-	-	507

Quelle: Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Olga Gulina für die Bereitstellung der Daten.

Von der Russischen Föderation ausgestellte Visa

Tabelle 3: Anzahl der durch Konsulate und andere autorisierte Einrichtungen der Russischen Föderation im Ausland ausgegebenen Visa 2014–2019

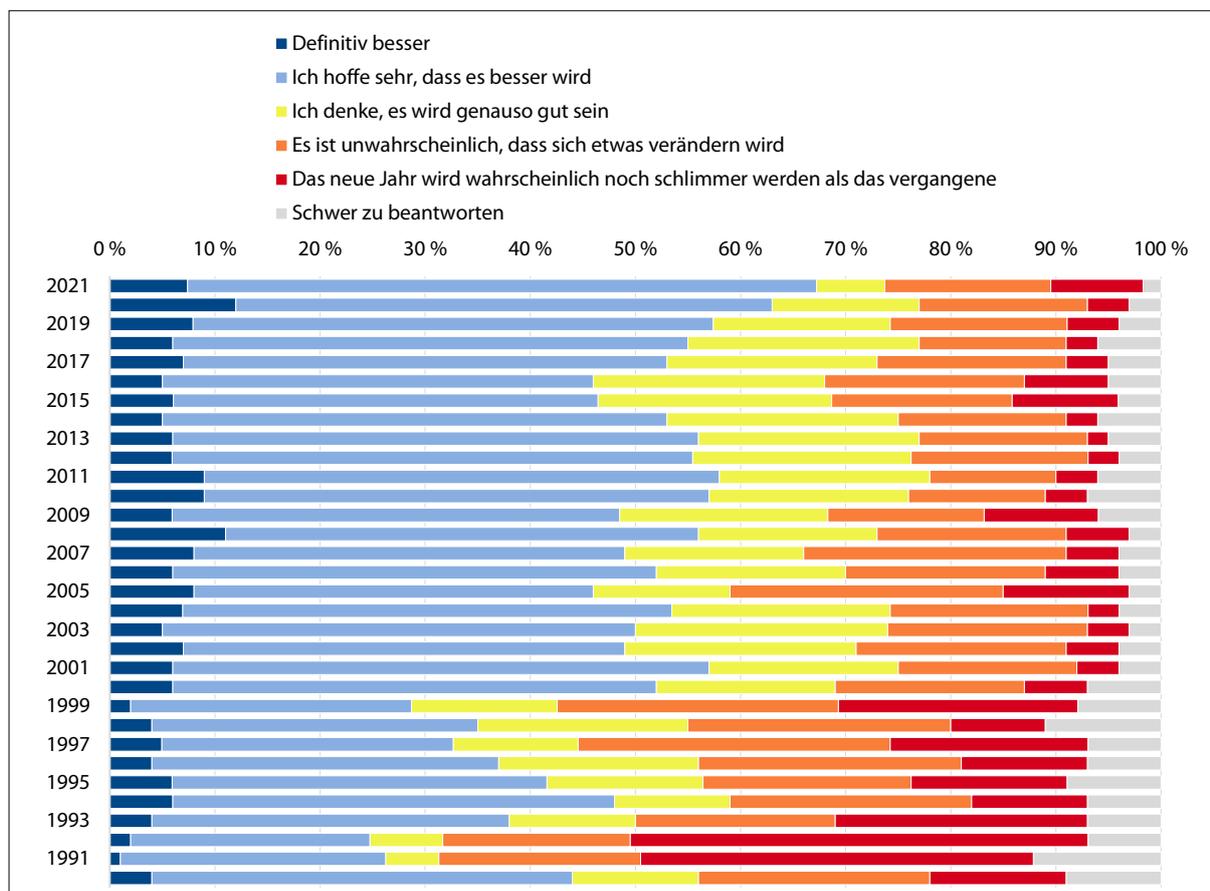
Jahr	Insgesamt	Geschäftlich	Privat	Touristisch	Andere
2014	2.550.000	704.700	136.800	1.183.000	-
2015	2.283.850	637.558	130.319	1.145.970	370.003
2016	2.505.457	617.651	153.101	1.360.743	373.962
2017	2.687.146	642.230	161.527	1.495.043	388.346
2018	2.758.893	670.543	152.741	1.527.288	408.321
2019	3.090.538	651.830	152.413	1.852.236	434.059

Quelle: Open Data Russia; <https://data.gov.ru/node/5057#2/0.0/0.0>.

UMFRAGEN

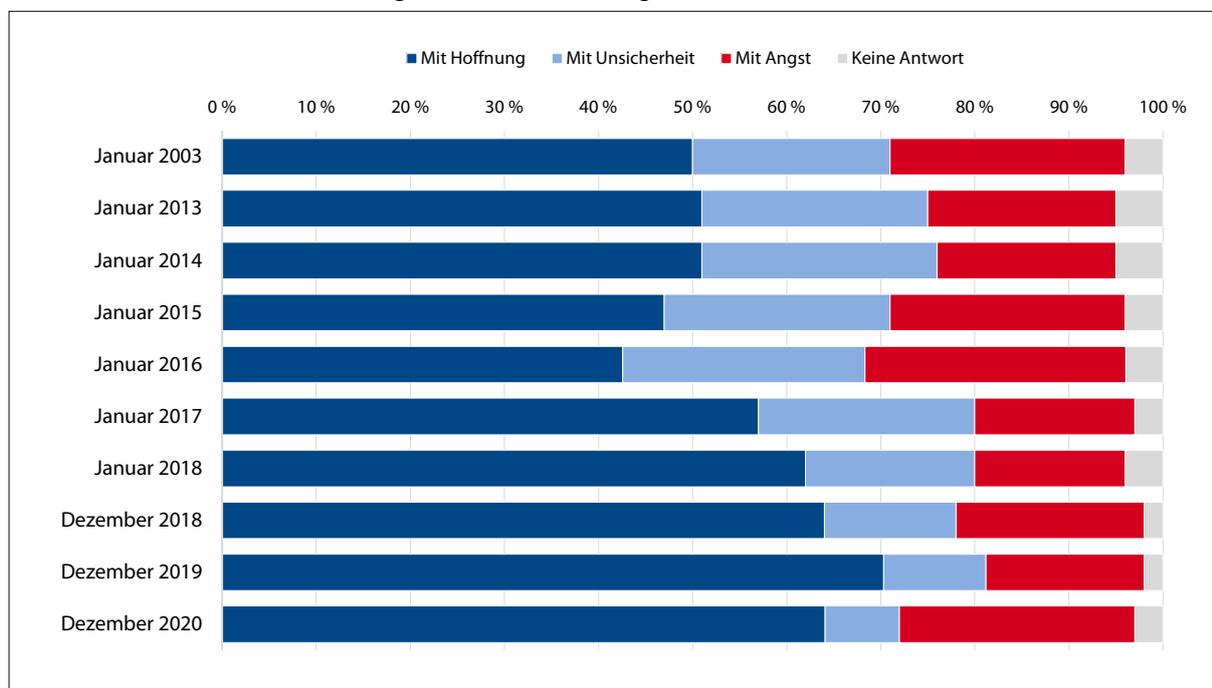
Lewada: Erwartungen für 2021

Grafik 1: Was glauben Sie, wie das kommende Jahr im Vergleich zum vergangenen Jahr für Sie sein wird? 1990-2021, %



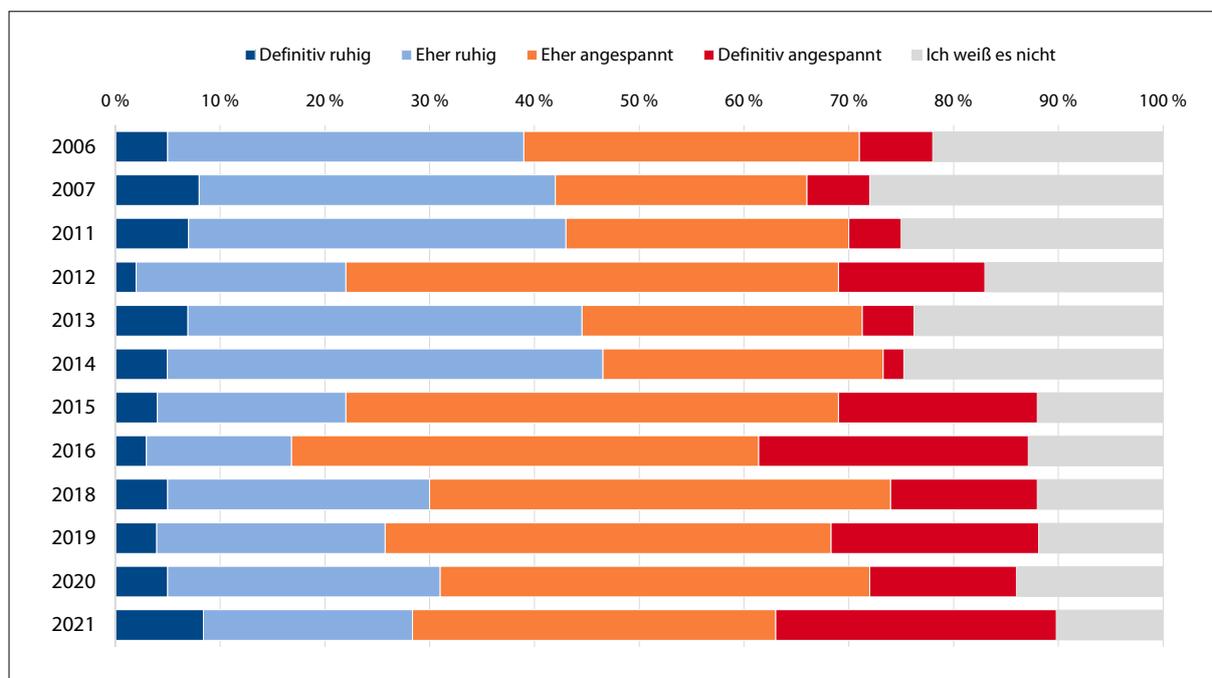
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. bis 20. Dezember 2020, veröffentlicht am 31.12.2020; <https://www.levada.ru/2020/12/31/2021-god-ozhidaniya-rossijan/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Lewada-Zentrum für die Bereitstellung der Rohdaten.

Grafik 2: Blicken Sie mit Hoffnung, Unsicherheit oder Angst in das kommende Jahr? 2003–2020, %



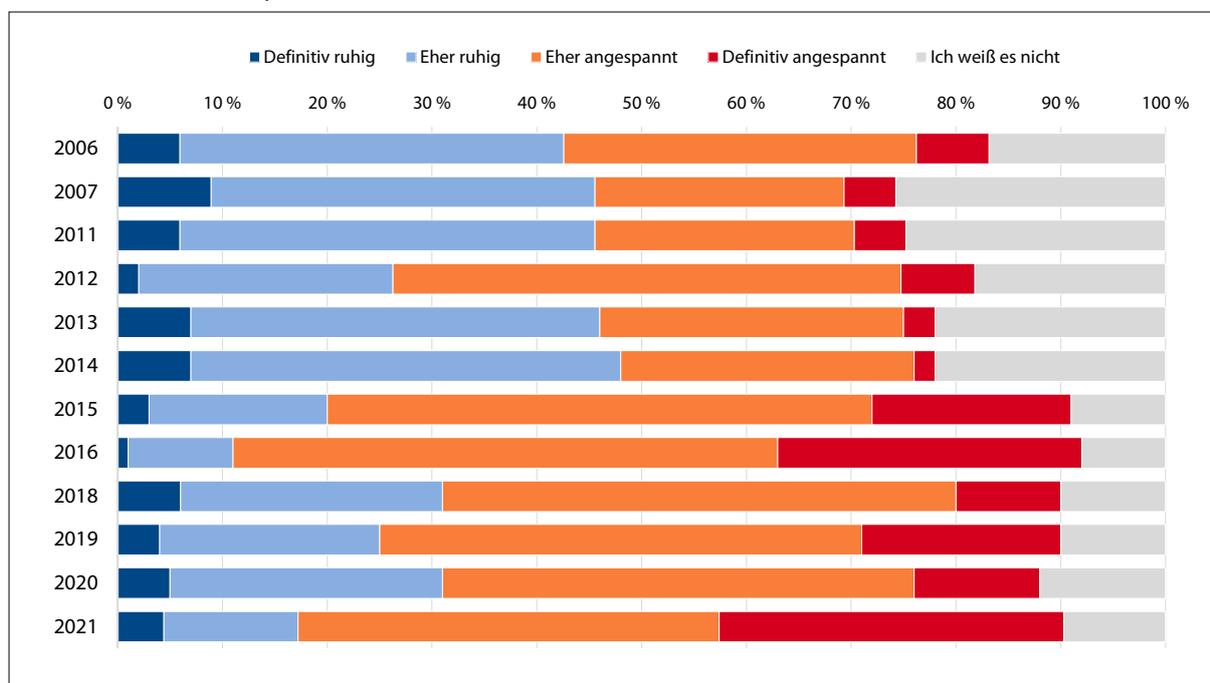
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. bis 20. Dezember 2020, veröffentlicht am 31.12.2020; <https://www.levada.ru/2020/12/31/2021-god-ozhidaniya-rossiyan/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Lewada-Zentrum für die Bereitstellung der Rohdaten.

Grafik 3: Glauben Sie, dass das kommende Jahr für das politische Leben in Russland ruhig oder angespannt sein wird? 2006–2021, %



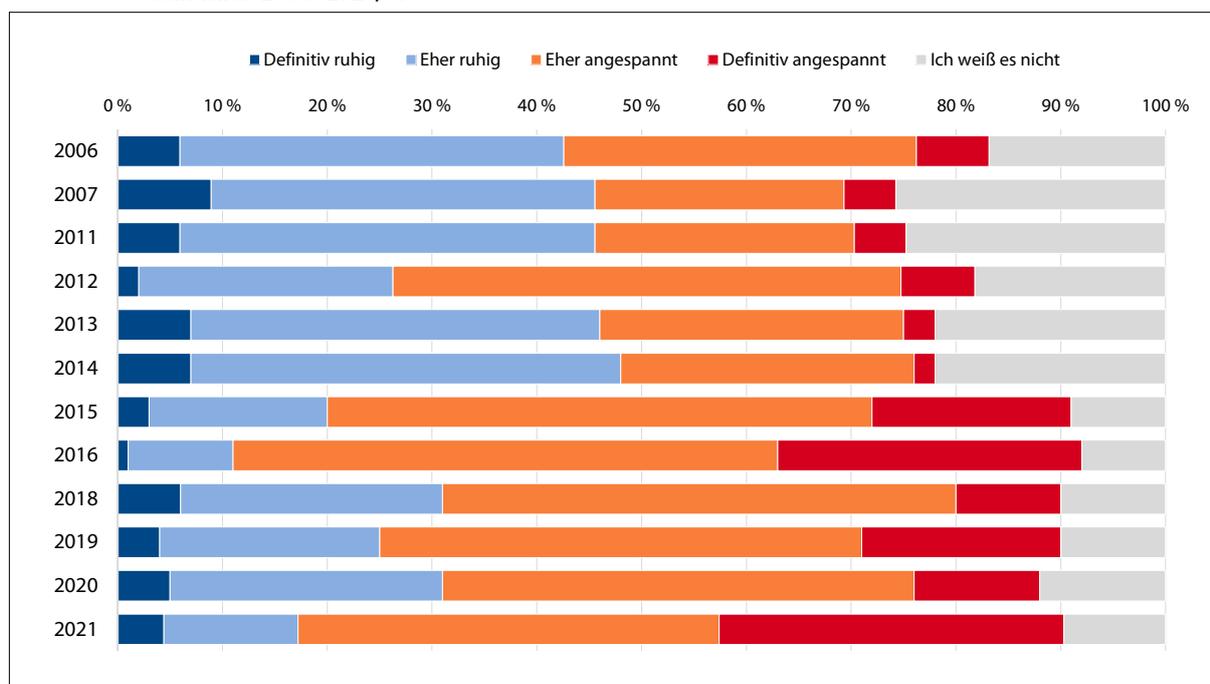
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. bis 20. Dezember 2020, veröffentlicht am 31.12.2020; <https://www.levada.ru/2020/12/31/2021-god-ozhidaniya-rossiyan/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Lewada-Zentrum für die Bereitstellung der Rohdaten.

Grafik 4: Denken Sie, dass das kommende Jahr für die russische Wirtschaft ruhig oder angespannt sein wird? 2006–2021, %



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. bis 20. Dezember 2020, veröffentlicht am 31.12.2020; <https://www.levada.ru/2020/12/31/2021-god-ozhidaniya-rossijan/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Lewada-Zentrum für die Bereitstellung der Rohdaten.

Grafik 5: Denken Sie, dass das kommende Jahr für Ihre Familie oder für Sie persönlich ruhig oder angespannt sein wird? 2006–2021, %



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18. bis 20. Dezember 2020, veröffentlicht am 31.12.2020; <https://www.levada.ru/2020/12/31/2021-god-ozhidaniya-rossijan/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Lewada-Zentrum für die Bereitstellung der Rohdaten.

STATISTIK

Covid-19 in Russland (Stand 21. Januar 2021)

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 21. Januar 2021)

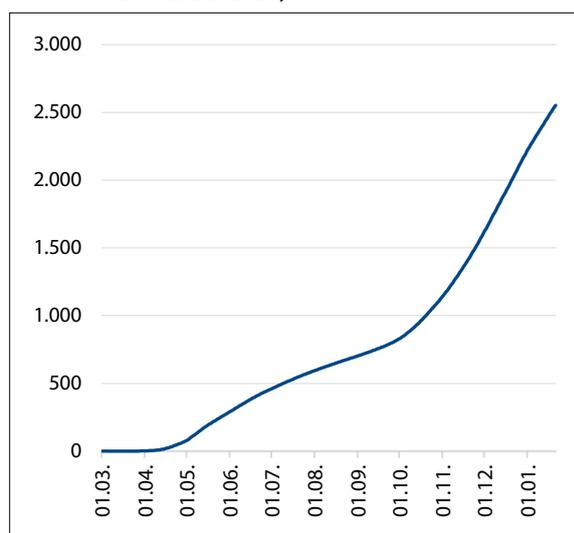


Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 10. Dezember 2020 – 21. Januar 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
10.12.	2.546.113	27.562
11.12.	2.574.319	28.206
12.12.	2.602.048	27.729
13.12.	2.629.699	27.651
14.12.	2.656.601	26.902
15.12.	2.682.866	26.265
16.12.	2.708.940	26.074
17.12.	2.736.727	27.787
18.12.	2.764.843	28.116
19.12.	2.792.615	27.772
20.12.	2.821.125	28.510
21.12.	2.850.042	28.917
22.12.	2.878.382	28.340
23.12.	2.905.196	26.814

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
24.12.	2.934.695	29.499
25.12.	2.963.290	28.595
26.12.	2.992.123	28.833
27.12.	3.019.972	27.849
28.12.	3.047.335	27.363
29.12.	3.073.923	26.588
30.12.	3.100.018	26.095
31.12.	3.127.347	27.329
01.01.	3.153.960	26.613
02.01.	3.179.898	25.938
03.01.	3.203.743	23.845
04.01.	3.226.758	23.015
05.01.	3.250.713	23.955
06.01.	3.274.615	23.902
07.01.	3.297.833	23.218

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
08.01.	3.321.163	23.330
09.01.	3.344.175	23.012
10.01.	3.366.715	22.540
11.01.	3.389.733	23.018
12.01.	3.412.390	22.657
13.01.	3.434.934	22.544
14.01.	3.459.237	24.303
15.01.	3.483.531	24.294
16.01.	3.507.201	23.670
17.01.	3.530.379	23.178
18.01.	3.552.888	22.509
19.01.	3.574.330	21.442
20.01.	3.595.136	20.806
21.01.	3.616.680	21.544

Die detaillierten Werte vom 01.03.–09.12.2020 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–395 eingesehen werden.

Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 21.01.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://oronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 21. Januar 2021)

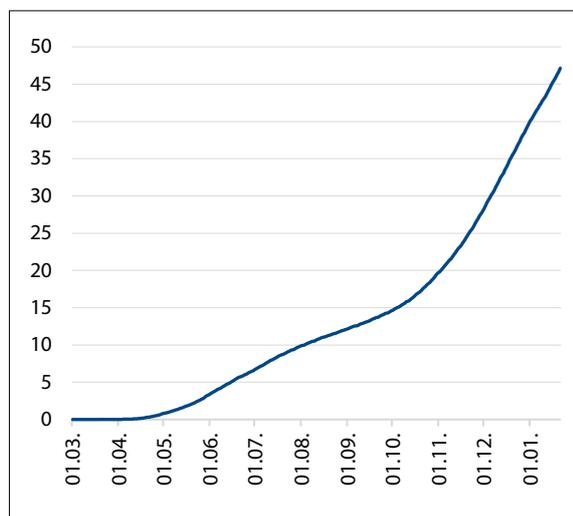


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (10. Dezember 2020 – 21. Januar 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
10.12.	44.769	549
11.12.	45.370	601
12.12.	45.923	553
13.12.	46.404	481
14.12.	46.846	442
15.12.	47.410	564
16.12.	47.994	584
17.12.	48.568	574
18.12.	49.170	602
19.12.	49.744	574
20.12.	50.242	498
21.12.	50.723	481
22.12.	51.274	551
23.12.	51.810	536

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
24.12.	52.434	624
25.12.	52.985	551
26.12.	53.539	554
27.12.	54.080	541
28.12.	54.559	479
29.12.	55.107	548
30.12.	55.692	585
31.12.	56.271	579
01.01.	56.798	527
02.01.	57.235	437
03.01.	57.730	495
04.01.	58.203	473
05.01.	58.706	503
06.01.	59.137	431
07.01.	59.628	491

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
08.01.	60.067	439
09.01.	60.523	456
10.01.	60.963	440
11.01.	61.389	426
12.01.	61.908	519
13.01.	62.463	555
14.01.	63.016	553
15.01.	63.558	542
16.01.	64.134	576
17.01.	64.601	467
18.01.	65.056	455
19.01.	65.632	576
20.01.	66.214	582
21.01.	66.810	596

Die detaillierten Werte vom 01.03.–09.12.2020 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393-395 eingesehen werden.

Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 21.01.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Covid-19-Chronik, 30. November 2020 – 10. Januar 2021

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
30.11.2020	2.275.936	Die Staatsanwaltschaft leitet ein Strafverfahren gegen die ehemalige Gesundheitsministerin der Oblast Irkutsk, Natalija Ledjajewa, ein. Ledjajewa war am 12. November 2020 auf eigenen Wunsch zurückgetreten. Sie soll im April den Kauf gefälschter Schutzmasken für drei medizinische Einrichtungen in der Oblast im Wert von 40 Millionen Rubel (etwa 440.000 Euro) verantwortet haben.
30.11.2020	2.275.936	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.338 auf insgesamt 2.295.654 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 39.895 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.511 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
30.11.2020	2.275.936	Die Universitäten in Moskau und Sankt Petersburg stellen bis zum 06. Februar 2021 auf Fernunterricht um, um eine weitere Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Dies teilte der Wissenschaftsminister Walerij Falkow mit.
01.12.2020	2.302.062	In der Oblast Kaliningrad werden einige wegen der Covid-19-Pandemie geltenden Beschränkungen gelockert. So werden SchülerInnen der Klassenstufen sechs bis zehn wieder in den Präsenzunterricht versetzt, ab dem 07. Dezember 2020 dürfen gastronomische Betriebe wieder bis 23 Uhr öffnen. Die Kontaktbeschränkungen von Menschen über 65 Jahren und chronisch Kranken bleiben bis zum 28. Dezember 2020 bestehen. Seit Beginn der Pandemie gab es in der Oblast offiziell 11.466 Covid-19-Infektionen und 120 Todesfälle.
01.12.2020	2.302.062	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.402 auf insgesamt 2.322.056 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 40.464 Todesfälle. Innerhalb von 24 Stunden verstarben 565 PatientInnen, dies ist die höchste Zahl seit Beginn der Pandemie im März 2020. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.524 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
02.12.2020	2.327.105	Der Vorsitzende des russischen Rechnungshofes, Aleksej Kudrin, erkrankt an Covid-19. Dies teilte Kudrin via Twitter mit. Er leide nur an leichten Symptomen und befinde sich in häuslicher Isolation.
02.12.2020	2.327.105	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 25.345 auf insgesamt 2.347.401 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 41.053 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.191 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
03.12.2020	2.354.934	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.145 auf insgesamt 2.375.546 angestiegen. Dies ist der höchste Zuwachs innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 41.607 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.750 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
03.12.2020	2.354.934	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin kündigt an, dass am 05. Dezember 2020 die Covid-19-Impfzentren in Moskau ihre Arbeit aufnehmen werden. Vorgesehen ist, dass zunächst Beschäftigte im Gesundheits- und Bildungswesen geimpft werden. Der Personenkreis werde nach und nach erweitert, abhängig von der Menge des zur Verfügung stehenden mehr Impfstoffs.
04.12.2020	2.382.012	Der Interims-Präsident der russischen Teilrepublik Dagestan, Sergej Melikow, wird zur Behandlung seiner Covid-19-Erkrankung nach Moskau ausgeflogen. Dies gibt der Pressedienst der Republik bekannt. Die Erkrankung Melikows war am 25. November 2020 bekannt geworden, am 02. Dezember war er zur Beobachtung ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
04.12.2020	2.382.012	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.403 auf insgesamt 2.402.949 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 42.175 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.868 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
04.12.2020	2.382.012	Kasachstan gibt bekannt, dass es am 22. Dezember 2020 beginnen werde, den in Russland entwickelten Impfstoff gegen Sars-CoV-2 zu produzieren. Das russische Handelsministerium hat außerdem Verträge zur Produktion des Impfstoffs mit Indien, Brasilien, China und Südkorea abgeschlossen.
05.12.2020	2.410.462	In Moskau nehmen die ersten 70 Covid-19-Impfzentren ihre Arbeit auf. Bisher ist es nur Mitarbeitenden von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen gestattet, sich impfen zu lassen. Dieser Personenkreis soll jedoch künftig erweitert werden.
05.12.2020	2.410.462	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.782 auf insgesamt 2.431.731 angestiegen. Dies ist der höchste Zuwachs innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 42.684 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.993 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden – auch dies ein neuer Negativrekord.
06.12.2020	2.439.163	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 29.039 auf insgesamt 2.460.770 angestiegen. Dies ist der höchste Zuwachs innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 43.141 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.512 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
07.12.2020	2.466.961	Auf der Insel Sachalin im Fernen Osten Russlands beginnen die Impfungen gegen Covid-19 mit dem vom »Gamaleja-Institut« entwickelten Impfstoff »Sputnik-V«. Der Pressedienst der Regionalregierung erklärt, die Region sei eine der ersten in Russland, die mit großangelegten Impfungen gegen Covid-19 beginne. Zunächst sei eine Charge von 300 Dosen eingetroffen, in etwa 14 Tagen wird die nächste Lieferung erwartet. Geimpft werden sollen zunächst Hochrisikogruppen.
07.12.2020	2.466.961	Der Gouverneur der Oblast Amur, Wassilij Orlow, ist an Covid-19 erkrankt. Er leide nur an leichten Symptomen und sei in häuslicher Isolation, teilte er mit. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 wurden in der Oblast offiziell 12.284 Covid-19-Infektionen registriert, 98 Menschen erlagen der Erkrankung.
07.12.2020	2.466.961	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.142 auf insgesamt 2.488.912 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 43.597 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.279 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
07.12.2020	2.466.961	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, gibt bekannt, dass seit Beginn der Impfungen gegen Covid-19 etwa 5.000 EinwohnerInnen der Oblast geimpft worden seien. In der Oblast gibt es bisher 70 Covid-19-Impfzentren, 20 weitere sind in Planung und sollen bis Mitte Dezember 2020 eröffnet werden.
07.12.2020	2.466.961	Die Vorsitzende des Föderalen Krankenversicherungsfonds (FOMS), Elena Tschernjakowa, gibt bekannt, dass die Ausgaben zu Behandlung von Covid-19-PatientInnen in Krankenhäusern und für Covid-19-Tests zwischen März 2020 und Oktober 2020 rund 143,5 Milliarden Rubel (etwa 1,6 Milliarden Euro) betragen.
07.12.2020	2.466.961	Der Direktor der Ermitage, Michail Piotrowskij, gibt bekannt, dass das Museum im Jahr 2020 aufgrund der Coronavirus-Pandemie rund 80 Prozent weniger Besuche verzeichnete als im Jahr 2019. Nur 836.000 Menschen besuchten die Ausstellung im Jahr 2020 im Gegensatz zu 4,9 Millionen im Jahr zuvor. Die Ermitage in Sankt Petersburg ist eines der größten und bedeutendsten Kunstmuseen der Welt.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
07.12.2020	2.466.961	Die Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadsor«, Anna Popowa, gibt bekannt, dass mit 40 Prozent der Gesamtzahl aller Covid-19-Fälle im Land die meisten Fälle weiterhin in Moskau und Sankt Petersburg zu verzeichnen sind. Die Region Karelien bleibt dagegen weiterhin Spitzenreiter beim Inzidenzwert. Dieser beträgt dort zurzeit 75,7 je 100.000 EinwohnerInnen.
08.12.2020	2.492.713	Die russische Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadsor« gibt bekannt, dass 670 Freiwillige den vom staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« entwickelten Covid-19-Impfstoff »EpiVakKorona« erhalten hätten. Bisher seien keine unerwünschten Nebenwirkungen festgestellt worden.
08.12.2020	2.492.713	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.097 auf insgesamt 2.515.009 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 44.159 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.232 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
09.12.2020	2.518.551	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.190 auf insgesamt 2.541.199 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 44.718 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.145 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
10.12.2020	2.546.113	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.927 auf insgesamt 2.569.126 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 45.280 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.730 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
10.12.2020	2.546.113	Der russische Investitionsfonds (RFPI) unterzeichnet einen Vertrag mit der argentinischen Regierung zur Lieferung von zehn Millionen Covid-19-Impfdosen des Typs »Sputnik V« bis Ende Februar 2021.
10.12.2020	2.546.113	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« gibt bekannt, dass sich die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 im Oktober 2020 im Vergleich zum Vormonat mehr als verdoppelt habe. Insgesamt starben im Oktober 22.500 Menschen an oder mit Covid-19. Bei 11.630 Menschen gilt Covid-19 als primäre Todesursache. Die Sterblichkeitsrate ist in den ersten zehn Monaten des Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um insgesamt 9,7 Prozent gestiegen.
11.12.2020	2.574.319	Das russische Pharmaunternehmen »Medsintes« gibt bekannt, dass es mit dem von ihm entwickelten Impfstoff gegen Covid-19 (»Ural«) mit vorklinischen Studien an Hamstern und Mäusen beginnt. Aleksandr Petrow, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, gab sich bezüglich Verträglichkeit und Wirksamkeit des Impfstoffes optimistisch.
11.12.2020	2.574.319	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.585 auf insgesamt 2.597.711 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 45.893 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.215 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
11.12.2020	2.574.319	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, hebt die vorgeschriebenen Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke auf und wandelt diese in Empfehlungen um. Zuvor war die Regelung aufgrund der steigenden Covid-19-Fallzahlen am 02. November 2020 erneut eingeführt worden.
11.12.2020	2.574.319	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, ordnet an, dass für Hotelübernachtungen in der Zeit vom 28. Dezember 2020 bis zum 15. Januar 2021 ein negativer Covid-19-Test vorgelegt werden muss. Der Test darf dabei nicht älter als drei Tage sein. Dieselbe Regelung gilt für Besuche in gastronomischen Betrieben. Die ersten 14 Tage eines Jahres sind in Russland traditionell Neujahrsferien.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
11.12.2020	2.574.319	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin kündigt an, dass in den kommenden Wochen in Moskau auf dem Gelände des Technologieparks »Technopolis« ein Standort für die Produktion des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« eröffnet wird. Geplant sei, dass die Fabrik monatlich bis zu zehn Millionen Impfdosen produziere. Die in Kooperation mit der Moskauer Regierung und dem Pharmaunternehmen »R-Pharm« entstehende Produktionsstätte werde die größte des Landes, teilte Sobjanin mit.
11.12.2020	2.574.319	Der internationale Pharmakonzern »AstraZeneca« teilt mit, dass es in Kooperation mit dem russischen »Gamaleja«-Institut in einer klinischen Studie die Wirksamkeit eines kombinierten Impfstoffs prüfen werde. Mit der Kombination des russischen Impfstoffs »Sputnik V« mit dem von »AstraZeneca« entwickelten Impfstoff »AZD 1222« soll das Potential solcher Impfstoffkombinationen erforscht werden.
12.12.2020	2.602.048	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.137 auf insgesamt 2.625.848 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 46.453 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.622 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.776 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
13.12.2020	2.629.699	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.080 auf insgesamt 2.653.928 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 46.941 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.425 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.768 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
13.12.2020	2.629.699	Der Gouverneur der Oblast Murmansk, Andrej Tschibis, befindet sich in häuslicher Quarantäne. Es handele sich dabei um eine Schutzmaßnahme, da bei seinem Sohn Covid-19 diagnostiziert worden sei.
14.12.2020	2.656.601	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.328 auf insgesamt 2.681.256 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 47.391 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.874 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.771 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
15.12.2020	2.682.866	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.689 auf insgesamt 2.707.945 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 47.968 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.418 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.765 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
15.12.2020	2.682.866	Der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, gibt bekannt, dass sich fünf Abgeordnete ein zweites Mal mit Covid-19 infiziert haben.
15.12.2020	2.682.866	Das russische Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass der vom »Gamaleja-Institut« entwickelte Impfstoff gegen Covid-19, »Sputnik V«, nun in allen russischen Regionen verfügbar sei.
15.12.2020	2.682.866	Der stellvertretende Gouverneur von Sankt Petersburg, Oleg Jergaschew, gibt bekannt, dass nur noch vier Prozent der 11.151 Intensivbetten in Krankenhäusern frei sind. Zurzeit werden 702 Covid-19-PatientInnen in der Stadt intensivmedizinisch betreut, 408 von ihnen werden beatmet.
16.12.2020	2.708.940	Der stellvertretende Leiter des Moskauer Gesundheitsamtes, Andrej Staschinin, gibt bekannt, dass ab sofort auch Privatkliniken in Moskau Impfungen gegen Covid-19 vornehmen dürfen. In der Stadt gibt es seit dem 05. Dezember 2020 70 Impfzentren, die nach und nach für immer mehr Bevölkerungsgruppen geöffnet werden.
16.12.2020	2.708.940	Der Gouverneur der Oblast Samara, Dmitrij Asarow, unterzeichnet ein Dekret, mit dem er Firmenweihnachtsfeiern verbietet. Außerdem verlängert er die Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke bis zum 17. Januar 2021. In der Oblast wurden seit Beginn der Coronavirus-Pandemie 26.515 Covid-19-Fälle diagnostiziert. 508 Menschen erlagen der Erkrankung.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
16.12.2020	2.708.940	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.509 auf insgesamt 2.734.454 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 48.564 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.028 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.758 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
16.12.2020	2.708.940	Die internationale Nachrichtenagentur »Reuters« berichtet, dass in Russland in den ersten zwei Dezemberwochen etwa 10 Prozent weniger Tests auf eine Covid-19-Infektion durchgeführt worden seien als im selben Zeitraum des Vormonats.
17.12.2020	2.736.727	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.214 auf insgesamt 2.762.668 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 49.151 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.711 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.763 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
17.12.2020	2.736.727	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, in dem festgelegt ist, dass Familien mit Kindern eine Einmalzahlung in Höhe von 5.000 Rubel (etwa 55 Euro) je Kind im Alter von bis zu sieben Jahren erhalten werden. Auf seiner Jahrespressekonferenz nannte Putin diese Geste ein »kleines bescheidenes Geschenk des Staats«, da aufgrund der epidemiologischen Situation das Neujahrsfest nur eingeschränkt gefeiert werden kann.
17.12.2020	2.736.727	Im Anschluss an seine Jahrespressekonferenz verkündet der russische Präsident Wladimir Putin, dass Russland eine Light-Version des vom »Gamaleja-Institut« entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« auf den Markt bringen wird. Diese solle deutlich schneller wirken und sei vor allem für den Export in Corona-Hotspots gedacht. Die Immunität halte jedoch nur drei bis vier Monate an.
18.12.2020	2.764.843	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.552 auf insgesamt 2.791.220 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 49.762 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.937 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.757 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
18.12.2020	2.764.843	Der Abgeordnete der Staatsduma, Walentin Schurtschanow, erliegt den Folgen einer Covid-19-Infektion. Die bestätigt der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« (KPRF), Nikolaj Kolomejzew. Schurtschanow ist der zweite Duma-Abgeordnete, der einer Covid-19-Erkrankung erliegt.
18.12.2020	2.764.843	Die Behörden der Region Kamtschatka ordnen an, dass jeder, der aus einer anderen russischen Region einreisen will, einen negativen Covid-19-Test vorweisen muss, der nicht älter als drei Tage sein darf. In der Region sind seit Beginn der Pandemie im März 2020 offiziell 9.091 Infektionen gemeldet worden, 82 Menschen erlagen der Krankheit.
18.12.2020	2.764.843	Der Gouverneur der Oblast Pskow, Michail Wedernikow, ist an Covid-19 erkrankt. Er befinde sich in häuslicher Isolation, teilte er mit.
19.12.2020	2.792.615	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.209 auf insgesamt 2.819.429 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 50.347 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.459 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.754 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
19.12.2020	2.792.615	Die Behörden der autonomen Republik Inguschetien verbieten Massenveranstaltungen bis zum 15. Januar 2021. Außerdem beginnen die Winterferien an den Schulen eine Woche früher als geplant, da eine große Zahl SchülerInnen und Lehrkräfte an Covid-19 erkrankt ist. Nach offiziellen Angaben wurden seit Beginn der Pandemie im März 2020 in der Republik 11.078 Infektionsfälle registriert, 123 Menschen erlagen der Krankheit.
20.12.2020	2.821.125	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.948 auf insgesamt 2.848.377 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 50.858 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.263 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.759 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
21.12.2020	2.850.042	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 29.350 auf insgesamt 2.877.727 angestiegen. Dies ist der höchste Zuwachs innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 51.351 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.797 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.752 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
21.12.2020	2.850.042	Das Gesundheitsministerium der Republik Belarus lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Damit ist Belarus das erste Land nach Russland, das den Impfstoff offiziell zulässt.
22.12.2020	2.878.382	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.776 auf insgesamt 2.906.503 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 51.912 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.237 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.760 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
23.12.2020	2.905.196	In der Region Transbaikalien gilt ab heute bis einschließlich 15. Januar 2021 ein Verbot für Firmenweihnachtsfeiern. Die Maßnahme wird mit der angespannten Infektionslage vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie begründet. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 wurden in der Region offiziell mehr als 25.000 Fälle gemeldet, 358 Menschen erlitten die Erkrankung.
23.12.2020	2.905.196	In Jushno-Sachalinsk in der Oblast Sachalin beginnen die Impfungen gegen Covid-19. Alle impfwilligen Personen, die sich für die erste Kohorte angemeldet haben, werden geimpft werden können. Bisher haben sich 270 Personen gemeldet. Bis zum 21. Dezember 2020 sind bereits 516 Personen in der Oblast geimpft worden, die zu der definierten besonderen Risikogruppe bestimmter Berufsgruppen wie medizinisches Personal, Lehrkräfte und SozialarbeiterInnen gehörten.
23.12.2020	2.905.196	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.250 auf insgesamt 2.933.753 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 52.461 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.652 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.749 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
23.12.2020	2.905.196	Die stellvertretende Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass die Sterblichkeit in Russland in den ersten zehn Monaten des Jahres 2020 9,7 Prozent über der des Vorjahres gelegen habe. Dieser Anstieg habe seine Ursache in der Coronavirus-Pandemie. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel der Säuglingssterblichkeit oder bestimmter Infektionskrankheiten sei die Sterblichkeit sogar gesunken.
23.12.2020	2.905.196	Die Regierung der Oblast Kaliningrad verschärft die einschränkenden Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus. So ist bis einschließlich 10. Januar 2021 die Durchführung von Neujahrsfeiern in öffentlichen Einrichtungen verboten. Hochzeits- und Firmenfeiern sind bis einschließlich 31. Januar 2021 verboten.
24.12.2020	2.934.695	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 29.935 auf insgesamt 2.963.688 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 53.096 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 8.203 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, auch dies ein neuer Negativrekord. 3.756 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
24.12.2020	2.934.695	Die Regierung der autonomen Republik Krim verschärft die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden Einschränkungen. Food-Courts in Einkaufszentren wird bis einschließlich 10. Januar 2021 nur noch der Take-Away-Verkauf erlaubt, außerdem ist die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen in Einkaufszentren ab sofort verboten. Gastronomiebetriebe dürfen nur noch 50 Prozent der vorhandenen Sitzplätze belegen, außerdem muss zwischen den einzelnen Tischen ein Mindestabstand von zwei Metern eingehalten werden. Auch Firmenfeiern sind bis zum 15. Januar 2021 verboten.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
24.12.2020	2.934.695	Der Gouverneur von Sankt Petersburg, Aleksandr Beglow, erlaubt gastronomischen Betrieben per Dekret die Einrichtung von sogenannten »Wintercafés« auf ihren Außenbereichen bis einschließlich 10. Januar 2021. Die Öffnung von Gastronomiebetrieben ist zurzeit nur bis 23 Uhr erlaubt. Diese Öffnungszeiten wurden für die Zeit vom 25. Dezember bis 10. Januar weiter eingeschränkt. Vom 30. Dezember 2020 bis 03. Januar 2021 müssen Bars und Restaurants vollständig schließen.
24.12.2020	2.934.695	Als erstes südamerikanisches Land lässt Argentinien den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Die erste Teillieferung der insgesamt 25 Millionen aus Russland bestellten Impfdosen werden in Kürze erwartet, so dass argentinische Gesundheitsministerium.
25.12.2020	2.963.290	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 29.018 auf insgesamt 2.992.706 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 53.659 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.315 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.751 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
25.12.2020	2.963.290	Sergej Morosow, Gouverneur der Oblast Uljanowsk, ist an Covid-19 erkrankt. Er befindet sich in häuslicher Quarantäne.
25.12.2020	2.963.290	In Russland gilt ab sofort eine zweiwöchige Quarantänepflicht für Einreisende aus Großbritannien. Zuvor, am 22. Dezember 2020, hatte Russland bereits die Flugverbindungen von und nach Großbritannien für die Dauer von einer Woche ausgesetzt, nachdem dort ein neuer Stamm des Coronavirus nachgewiesen worden war.
26.12.2020	2.992.123	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 29.258 auf insgesamt 3.021.964 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 54.226 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.480 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.755 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
26.12.2020	2.992.123	Der Regierungsvorsitzende der autonomen Republik Krim, Jurij Gozanjuk, ist an Covid-19 erkrankt. Er befindet sich in häuslicher Quarantäne. Auf der Krim sind seit Beginn der Pandemie im März 2020 offiziell 23.000 Infektionsfälle bestätigt worden, 400 Menschen erlagen der Krankheit.
27.12.2020	3.019.972	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin gibt bekannt, dass ab dem 28. Dezember 2020 mit der Impfung aller EinwohnerInnen Moskaus über 60 Jahren gegen Covid-19 begonnen wird. Am Vortag hatte das russische Gesundheitsministerium den russischen Impfstoff »Sputnik V« für Menschen ab 60 Jahren freigegeben.
27.12.2020	3.019.972	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 28.284 auf insgesamt 3.050.248 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 54.778 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.620 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.761 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
28.12.2020	3.047.335	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.787 auf insgesamt 3.078.035 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 55.265 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.253 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.748 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
28.12.2020	3.047.335	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa teilt mit, dass 81 Prozent der Übersterblichkeit zwischen Januar und November 2020 auf Covid-19 zurückzuführen sei. Laut russischer Statistikbehörde »Rosstat« lag die Übersterblichkeit von Januar bis November bei 229.700 Todesfällen. Damit steigt die bisher angegebene Zahl der Coronatoten auf mehr als 186.000.
28.12.2020	3.047.335	Russland verlängert die am 22. Dezember 2020 für eine Woche beschlossene Aussetzung der Flugverbindungen mit Großbritannien bis einschließlich 12. Januar 2021. Grund hierfür ist eine in Großbritannien nachgewiesene Mutation des Coronavirus.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
28.12.2020	3.047.335	Einer aktuellen Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts »Lewada-Zentr« zufolge, sind 58 Prozent der russischen Bevölkerung nicht bereit, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen. Dabei zeichnet sich unter den älteren Bevölkerungsgruppen eine höhere Bereitschaft ab als unter den jüngeren, so der Bericht. Mit 30 Prozent Zustimmung ist einer der wichtigsten Gründe für die Weigerung, dass das Ende der Impfstoffstudien abgewartet werden soll. 26 Prozent der Befragten haben Angst vor den Nebenwirkungen.
29.12.2020	3.073.923	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.002 auf insgesamt 3.105.037 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 55.827 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.641 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.757 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
29.12.2020	3.073.923	Südkorea liefert die erste Charge des dort produzierten russischen Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« aus. Der privatwirtschaftliche »Russische Direkt-Investment-Fonds« hatte zuvor mitgeteilt, dass mit einem der führenden Biotechnologieunternehmen Südkoreas eine Vereinbarung zur Produktion von 150 Millionen Dosen des Impfstoffs getroffen worden sei.
29.12.2020	3.073.923	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin verlängert die Schulferien in der russischen Hauptstadt um eine Woche bis zum 17. Januar 2021. Diese Regelung gelte auch für die staatlichen Hochschulen. Sobjanin hofft, durch diese Maßnahme den Anstieg der Covid-19-Infektionsfälle weiter eindämmen zu können.
29.12.2020	3.073.923	Die Regierung von Sankt Petersburg teilt mit, dass die Stadt am 02. Januar 2021 mit den Impfungen gegen Covid-19 beginnen wird. Bisher gibt es in der Stadt 70 Impfzentren. Zunächst werden Angehörige besonders gefährdeter Berufsgruppen wie medizinisches Personal, SozialarbeiterInnen oder Lehrkräfte geimpft.
30.12.2020	3.100.018	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.513 auf insgesamt 3.131.550 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 56.426 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.105 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.764 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
30.12.2020	3.100.018	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass 70.921 Menschen seit Beginn der Coronavirus-Pandemie an der Krankheit verstorben seien. Weitere 45.109 Menschen seien mit Covid-19, aber durch andere Ursachen verstorben. Damit liege die Gesamtzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 seit Beginn des Jahres bei insgesamt rund 115.000. Die Corona-Task Force, die Golikowa leitet und die täglich die gesamtrossischen Infektions- und Todeszahlen bekanntgibt, bestätigte zuletzt insgesamt 56.426 Todesfälle.
30.12.2020	3.100.018	Bolivien wird 2,6 Millionen Dosen des russischen Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« kaufen. Dies gab der bolivische Präsident Luis Arce bekannt. Auch Guinea wurde mit dem Impfstoff beliefert, die dortigen Behörden meldeten den Impfstart.
31.12.2020	3.127.347	In Moskau werden in der Nacht zum 01. Januar 2021 Restaurants, Clubs und Parks geschlossen bleiben. Auch der Zugang zum Roten Platz wird eingeschränkt. Diese Regelung ist eine der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus.
31.12.2020	3.127.347	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.747 auf insgesamt 3.159.297 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 57.019 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.566 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.758 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
01.01.2021	3.153.960	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.039 auf insgesamt 3.186.336 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 57.555 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.907 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.746 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
02.01.2021	3.179.898	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.301 auf insgesamt 3.216.637 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 58.002 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.452 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.742 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
03.01.2021	3.203.743	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.150 auf insgesamt 3.236.787 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 58.506 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.851 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.738 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
04.01.2021	3.226.758	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 23.351 auf insgesamt 3.260.138 angestiegen. Damit fällt die Zuwachsrate zum ersten Mal seit dem 19. November 2020 wieder unter 24.000 neue Fälle je 24 Stunden. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 58.988 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie Sankt Petersburg mit 3.657 neuen Fällen. Moskau meldet 3.591 neue Fälle.
04.01.2021	3.226.758	Der Gouverneur der Region Transbaikalien, Aleksandr Ossipow, erkrankt an Covid-19. Ossipow befindet sich zur Behandlung im Krankenhaus, teilte der Pressedienst der Regionalregierung mit.
04.01.2021	3.226.758	Der Katastrophenschutzminister der autonomen Republik Krim, Sergej Schachow, erliegt seiner Covid-19-Erkrankung. Dies teilte der Pressedienst der Regionalregierung mit. Schachow wurde 65 Jahre alt. Er war seit 2014 Katastrophenschutzminister der Krim.
05.01.2021	3.250.713	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.246 auf insgesamt 3.284.384 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 59.506 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.842 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.649 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
06.01.2021	3.274.615	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.217 auf insgesamt 3.308.601 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 59.951 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.142 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.341 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
06.01.2021	3.274.615	Russland und Serbien treffen eine Vereinbarung über die Lieferung von zwei Millionen Dosen des in Russland entwickelten Impfstoffs »Sputnik V«. Dies teilte der Russische Direkt-Investment Fonds mit, über den der Handel mit dem Impfstoff abgewickelt wird. Auch Bolivien lässt »Sputnik V« als Impfstoff offiziell zu.
07.01.2021	3.297.833	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 23.541 auf insgesamt 3.332.142 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 60.457 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.871 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.005 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
08.01.2021	3.321.163	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 23.652 auf insgesamt 3.355.794 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 60.911 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.027 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.017 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
09.01.2021	3.344.175	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 23.309 auf insgesamt 3.379.103 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 61.381 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.900 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.006 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
10.01.2021	3.366.715	In Russland wird zum ersten Mal die in Großbritannien entdeckte Mutation des Coronavirus »B 1.1.7« nachgewiesen. Dies gab die Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadsor«, Anna Popowa, bekannt. Die Mutation war im Dezember 2020 in Großbritannien zum ersten Mal nachgewiesen worden. Sie gilt als wesentlich ansteckender als die erste Sars-CoV-2-Variante.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
10.01.2021	3.366.715	Algerien lässt als erstes afrikanisches Land den in Russland entwickelten Impfstoff gegen Sars-CoV-2, »Sputnik V«, zu.
10.01.2021	3.366.715	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 22.851 auf insgesamt 3.401.954 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 61.837 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.216 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.010 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.

**Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand 10.01.2021; die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.*

Zusammengestellt von Alena Schwarz

CHRONIK

3. Dezember 2020 – 9. Januar 2021

03.12.2020	Der Leiter der Rechtsabteilung der russischen Menschenrechtsorganisation »Memorial«, Oleg Orlow, gibt bekannt, dass es im Moskauer Büro der NGO eine unangekündigte Inspektion gebe. Die Überprüfung solle bis zum 29. Dezember 2020 abgeschlossen sein. »Memorial« steht seit 2014 auf der Liste der sogenannten »ausländischen Agenten«.
04.12.2020	Anatolij Tschubajs, der bis Anfang Dezember 2020 das von ihm gegründete russische Nanotechnologiezentrum »Rosnano« leitete, wird neuer Sonderbeauftragter des russischen Präsidenten für die Beziehungen zu internationalen Organisationen. Der Sprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, gab bekannt, dass Tschubajs sich mit den Beziehungen zu UN-Organisationen befassen werde.
07.12.2020	In Jalta, in der Autonomen Republik Krim, wird ab dem 14. Dezember 2020 die Wasserversorgung der Bevölkerung auf drei Stunden am Vormittag und drei Stunden am Abend eingeschränkt. Der Minister für kommunale Dienstleistungen und Wohnungsbau, Dmitrij Tschernjajew, begründet diesen Schritt mit der schwindenden Kapazität der zur Versorgung der Stadt vorgesehenen Stauseen. Der Wasserstand in den beiden Seen sei auf ein historisches Minimum von 17 Prozent des Gesamtvolumens gesunken, im Sommer hatte er noch 70 Prozent betragen. Als Gründe nennt Tschernjajew einen Rekordwasserverbrauch sowie für November untypisch geringe Niederschlagsmengen.
07.12.2020	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin und der Bürgermeister von Peking, Chen Jining, unterzeichnen ein Programm zur Zusammenarbeit der Städte in den Jahren 2021 bis 2023. Unter anderem ist eine engere Kooperation im Städtebau, in der Verkehrsentwicklung sowie im Bildungssektor vorgesehen.
07.12.2020	Laut einer aktuellen Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts WZIOM beabsichtigen 22 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Russland, nach dem Renteneintritt weiter einer Beschäftigung nachzugehen. 70 Prozent gaben an, diese Entscheidung von den persönlichen Umständen abhängig machen zu wollen. Nur sieben Prozent planen, nicht weiter arbeiten zu wollen. Auf die Frage nach den Gründen für eine weitere Beschäftigung nach dem Renteneintritt nannten 74 Prozent eine für den Lebensunterhalt nicht ausreichende Rente.
08.12.2020	Die im Oktober zurückgetretene Ex-Vorsitzende des Moskauer Stadtgerichts, Olga Jegorowa, wird neue juristische Beraterin des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin. Dies gab der Pressedienst des Bürgermeisters bekannt. Jegorowa war seit 2000 Vorsitzende des Moskauer Stadtgerichts und hatte sich bei der Neuvergabe des Postens im Herbst diesen Jahres nicht erneut beworben. Ihr Nachfolger wurde Michail Ptizyn, bisher Vorsitzender des Militärbezirksgerichts im Föderationskreis Südrussland.
08.12.2020	Die russische Forstverwaltung gibt bekannt, dass die Gesamtfläche der durch Waldbrände vernichteten Fläche im Jahr 2020 9,1 Millionen Hektar betrug. Dies seien fast eine Million Hektar weniger als im Vorjahr.

09.12.2020	Die dänische Justiz klagt einen in Dänemark lebenden russischen Staatsbürger wegen Spionage an. Er soll dem russischen Geheimdienst Informationen über Technologien im Energiebereich übermittelt haben. Der Angeklagte befindet sich seit Juli 2020 in dänischer Untersuchungshaft.
09.12.2020	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz zur Garantie der lebenslangen Immunität für ehemalige Staatspräsidenten und deren Familienangehörige. Dem Gesetz zufolge können ehemalige Präsidenten nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Sie dürfen nicht festgenommen, durchsucht oder verhört werden. Diese Regelung erstreckt sich auf die Wohn- und Diensträume, die Fahrzeuge, Kommunikationsmittel, Dokumente, Gepäckstücke und die Korrespondenz.
10.12.2020	Der föderale Haushalt Russlands erreichte zwischen Januar und November 2020 ein historisches Defizit von 2,51 Billionen Rubel (etwa 28,3 Milliarden Euro). Dies gibt das russische Finanzministerium bekannt. Einnahmen in Höhe von 16,5 Billionen Rubel (etwa 186,2 Milliarden Euro) standen Ausgaben in Höhe von 19,04 Billionen Rubel (etwa 214,9 Milliarden Euro) gegenüber.
10.12.2020	Der im Juli wegen des Verdachts des Hochverrats festgenommene ehemalige Journalist Iwan Safronow habe keinen Zugang zu Staatsgeheimnissen gehabt. Dies teilte der Pressedienst der russischen Raumfahrtbehörde »Roskosmos« mit, für deren Generaldirektor Safronow zuletzt als Berater tätig gewesen war. Kurz zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, Safronow sei nicht aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit, sondern wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen verhaftet worden.
10.12.2020	Die niederländischen Behörden geben die Ausweisung zweier russischer Diplomaten bekannt. Diese werden der Wissenschaftsspionage verdächtigt. Russland kündigte eine spiegelbildliche Reaktion im Rahmen der Wiener Diplomatenrechtskonventionen an.
10.12.2020	Der Europäische Rat verlängert die gegen Russland im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise verhängten Wirtschaftssanktionen um weitere sechs Monate. Die Sanktionen traten erstmals als Reaktion auf die russische Einmischung im Konflikt in der Ostukraine im Juli 2014 in Kraft und werden seitdem auf Grundlage der Bewertung der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen alle sechs Monate verlängert oder angepasst.
11.12.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt bei einem Treffen mit dem russischen Menschenrechtsrat, dass es im Fall des Giftanschlags auf den Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj im August 2020 lediglich eine Überprüfung geben könne. Für die Einleitung eines Strafverfahrens reichten die Beweise nicht aus.
11.12.2020	Chadishat Kadyrowa, Tochter des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow, wird zur Leiterin der Abteilung für Vorschulerziehung in Grosnyj ernannt. Dies teilte die tschetschenische Regierung mit. Bereits im September 2020 war Ajschat Kadyrowa, die älteste Tochter Ramsan Kadyrows, zur ersten stellvertretenden Kulturministerin der Tschetschenischen Republik ernannt worden.
12.12.2020	In Chabarowsk versammeln sich nach offiziellen Angaben etwa 80 Menschen zu einer nicht genehmigten Protestkundgebung zur Unterstützung des im Juli 2020 festgenommenen ehemaligen Gouverneurs der Region, Sergej Furgal. Furgal wurde am 09. Juli 2020 wegen des Verdachts der Organisation eines versuchten Mordes sowie der Beauftragung zweier weiterer Morde festgenommen. Am 20. Juli 2020 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin das Dekret zur Entlassung Furgals als Gouverneur.
14.12.2020	Das russische Investigativmedium »The Insider« veröffentlicht eine gemeinsamen Recherche mit »Bellingcat« und dem deutschen Magazin »Der Spiegel« zur Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj im August 2020. Demnach sollen acht Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB an dem Anschlag beteiligt gewesen sein. Die Recherche deckt die Personalien der Männer auf.
15.12.2020	Der Großcousin des russischen Präsidenten, Roman Putin, gründet die Partei »Rossija bes korrupzii« (dt. »Russland ohne Korruption«). Zuvor war er in der im November 2020 aufgelösten Partei »Narod protiv korrupzii« (dt. »Bürger gegen Korruption«) aktiv gewesen.
16.12.2020	Der Föderationsrat verabschiedet das Gesetz zur lebenslangen Immunität von Ex-Präsidenten und dessen Familienangehörigen. Ehemalige Präsidenten können damit weder strafrechtlich noch administrativ zur Verantwortung gezogen werden. Sie dürfen weder festgenommen, durchsucht oder vernommen werden. Die Immunität erstreckt sich auf sämtliche Wohn- und Büroräume, Fahrzeuge, Kommunikationsmittel, Dokumente, Gepäckstücke und die Korrespondenz. Sie kann nur vom Föderationsrat und nur unter Verdacht des Hochverrats oder eines anderen schweren Verbrechens entzogen werden.

17.12.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin hält zum 16. Mal seine traditionelle Jahrespressekonferenz ab. Aufgrund der Coronavirus-Pandemie wird diese zum ersten Mal als Videokonferenz veranstaltet. Putin äußerte sich unter anderem zu den neuesten Rechercheergebnissen im Zusammenhang mit dem Giftanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj. Die veröffentlichte Recherche sei eine Geheimdienstoperation der USA, Nawalnyj arbeite mit den US-amerikanischen Behörden zusammen. Dies sei der Grund, warum er von den russischen Geheimdiensten beobachtet worden sei. Außerdem zieht Putin eine positive Bilanz des Jahres 2020. Er nennt unter anderem die Militärparade zum 75. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg und den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V«. Die Pressekonferenz dauert insgesamt viereinhalb Stunden.
17.12.2020	Das Taganskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt »Google« zur Zahlung einer Geldstrafe von drei Millionen Rubel (etwa 33.000 Euro) wegen der »Nichterfüllung der Pflichten eines Suchsystembetreibers«. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass »Google« zum wiederholten Mal in Russland verbotene Inhalte unzureichend aus den von ihm angebotenen Suchergebnissen herausgefiltert hat. Dies ist bereits die vierte Geldstrafe im Zusammenhang der Weigerung von »Google«, seine Suchergebnisse in Übereinstimmung mit dem vom Föderalen Dienst für die Aufsicht im Bereich Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (»Roskomnadsor«) zur Verfügung gestellten Register verbotener Informationen zu bringen.
17.12.2020	Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) untersagt russischen SportlerInnen für die kommenden zwei Jahre, unter russischer Flagge an internationalen Sportwettkämpfen teilzunehmen. Dies schließt die Olympischen Spiele, die Paralympischen Spiele sowie Weltmeisterschaften ein. AthletInnen, die bisher nicht wegen Dopings disqualifiziert sind, dürfen nur unter neutraler Flagge teilnehmen. Außerdem dürfen sie die russische Nationalhymne weder abspielen noch singen. Am 09. Dezember 2019 hatte die Welt dopingagentur (WADA) aufgrund wiederholter Dopingverstöße russischer AthletInnen empfohlen, diese für insgesamt vier Jahre von internationalen Wettkämpfen auszuschließen. Das CAS urteilte nun, dass eine längere Sperre als zwei Jahre durch das geltende Recht nicht möglich sei.
18.12.2020	Das Lublinskij-Bezirksgericht in Moskau weist die Klage von Aleksandr Udodow, Schwager des russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin, gegen den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj ab. Nawalnyjs Anti-Korruptionsstiftung FBK hatte im Januar 2020 über Udodow im Rahmen einer Recherche über Mischustin und seine Familie berichtet. Udodow sah darin seine Würde verletzt und reichte im Juli 2020 Klage ein.
18.12.2020	Der Sprecher des deutschen Justizministeriums, Marius Leber, bestätigt, dass der sich nach einem Giftanschlag im August in Deutschland aufhaltende russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj und seine Ehefrau Julija von der deutschen Staatsanwaltschaft als Zeuginnen verhört worden seien. Die Befragung sei auf Wunsch der russischen Behörden anhand eines von ihnen zur Verfügung gestellten Fragenkatalogs geschehen.
18.12.2020	Bulgarien weist erneut einen russischen Diplomaten aus. Dieser soll seit 2017 militärische Informationen aus der bulgarischen Armee an Russland weitergegeben haben. Russland behalte sich vor, auf Grundlage des Wiener Abkommens über diplomatische Beziehungen spiegelbildlich zu reagieren und ebenfalls einen bulgarischen Diplomaten auszuweisen. Bereits im September hatte Bulgarien zwei Mitarbeitende der russischen Botschaft des Landes verwiesen.
18.12.2020	Die Arbeitslosenquote in Russland lag im November bei 6,1 Prozent, so die russische Statistikbehörde »Rossstat«. Im Oktober habe sie noch 6,3 Prozent betragen. Ihren Höchststand seit Beginn der Pandemie hatte sie im August erreicht, als 6,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Russlands arbeitslos waren. Im Vorjahr lag die Quote bei 4,6 Prozent.
19.12.2020	In Chabarowsk findet eine nicht genehmigte Kundgebung zur Unterstützung des im Juli 2020 festgenommenen Ex-Gouverneurs der Region, Sergej Furgal, statt. Die Behörden geben die Zahl der Teilnehmenden offiziell mit weniger als 50 Personen an.
21.12.2020	Der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj, der im August 2020 Opfer eines Giftanschlags geworden war und sich seitdem in Deutschland aufhält, veröffentlicht ein Video, in dem zu sehen ist, wie er mehrere der acht Agenten des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) anruft, die laut einer in der vergangenen Woche veröffentlichten Recherche mit seiner Ermordung beauftragt gewesen sein sollen. In einer ersten Reaktion nannte ein Sprecher des FSB die Aufnahmen »gefälscht«.
22.12.2020	Russland bestellt im Zusammenhang mit den im Herbst verhängten EU-Sanktionen gegen Russland die Botschafter von Deutschland, Frankreich und Schweden ins Außenministerium ein. Die Sanktionen waren gegen sechs Personen und Forschungsinstitute verhängt worden, die verdächtigt werden, in die Ereignisse rund um den Giftanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj im August 2020 verwickelt gewesen zu sein. Als Reaktion darauf verhängt Russland nun Einreisesperren gegen VertreterInnen der Regierungsapparate der beteiligten Länder. Die Namen der betroffenen Personen wurden nicht genannt. Sie erfahren von den gegen sie verhängten Sanktionen erst bei einer Einreise nach Russland.

22.12.2020	Der Gesundheitsminister der autonomen russischen Republik Dagestan, Dshamaludin GashiiBragimow, bittet den Präsidenten der Republik um seine Entlassung. Eine offizielle Begründung für seine Bitte gibt es bisher nicht.
22.12.2020	Russland entsendet 300 SoldatInnen zur Ausbildung militärischer Einheiten in die Zentralafrikanische Republik. Damit reagiert es auf die Bitte der Regierung Zentralafrikas zur Unterstützung bei der Ausbildung von SoldatInnen.
23.12.2020	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung eine Gesetzesänderung zum sogenannten Gesetz über »ausländische AgentInnen«. Die Änderung legt fest, dass nun auch natürliche Personen und öffentliche Vereinigungen, die nicht als juristische Personen auftreten, als »ausländische AgentInnen« klassifiziert werden können. Medien sind von nun an verpflichtet, bei jeder Erwähnung einer als »ausländischer Agent« registrierten Person oder Institution, deren Status anzugeben.
23.12.2020	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz zum Verbot der Zensur durch Internetportale wie »Youtube« oder »Facebook«. Dem Gesetz nach ist der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (»Roskomnadsor«) zur Sperrung der Portale berechtigt, sollten diese sich verdächtig machen, Inhalte aufgrund von zum Beispiel Nationalität oder offizieller Position des oder der Veröffentlichenden zu entfernen. Besondere Erwähnung findet der Hinweis, dass eine Sperrung insbesondere aufgrund der Diskriminierung der Inhalte russischer staatlicher Medien erfolgen kann.
23.12.2020	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, dass die Organisation und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen neu regelt. Unter anderem wird darin festgelegt, dass anwesende JournalistInnen, die ihrer beruflichen Tätigkeiten nachgehen, nicht gleichzeitig an der Veranstaltung teilnehmen dürfen und sich zweifellos als JournalistInnen kenntlich machen müssen. Mit dem Gesetz wird eine öffentliche Veranstaltung als eine massenhafte gleichzeitige Anwesenheit von BürgerInnen auf öffentlichen Plätze definiert, die darauf abzielt, Meinungen zu bilden und politische Forderungen zu stellen.
23.12.2020	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, in dem die Weigerung, sich als sogenannter »ausländischer Agent« zu registrieren, als Verstoß ins Strafrechtsregister aufgenommen wird. Bisher war in solchen Fällen lediglich eine Verwaltungshaftstrafe vorgesehen.
25.12.2020	Iwan Shdanow, Direktor des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten Antikorruptionsfonds FBK, verkündet, dass gegen eine der Anwältinnen des Fonds, Ljubow Sobol, ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Sobol soll einen der angeblich in den Giftanschlag gegen Nawalnyj verwickelten FSB-Angehörigen in dessen Privatwohnung aufgesucht haben. Damit habe sie gegen die Unverletzlichkeit der Wohnung verstoßen.
26.12.2020	In Chabarowsk findet eine nicht genehmigte Protestaktion zur Unterstützung des im Juli 2020 festgenommenen Ex-Gouverneurs der Region, Sergej Furgal, statt. Offiziellen Angaben zufolge nehmen etwa 30 Menschen an der Kundgebung teil. Seit der Festnahme Furgals finden regelmäßig Protestaktionen zu seiner Unterstützung in Chabarowsk statt. Furgal wird versuchter Mord und Auftragsmord vorgeworfen.
28.12.2020	Der Gründer der im Oktober 2019 vom Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation aufgelösten Menschenrechtsorganisation »Sa prava tscheloweka« (dt. »Für Menschenrechte«), Lew Ponomarjow, wird in das Register sogenannter »ausländischer AgentInnen« aufgenommen. Eine am 25. Dezember 2020 vom Föderationsrat verabschiedete Gesetzesänderung macht es möglich, auch natürliche Personen in das Register aufzunehmen.
28.12.2020	In einem Fernsehinterview für den staatlichen Fernsehkanal »Perwyj kanal« (dt. »Erster Kanal«) erläutert die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa, dass 80 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums Familien mit Kindern seien.
29.12.2020	Der russische Finanzminister Anton Siluanow gibt bekannt, dass das föderale Haushaltsdefizit im Jahr 2020 bei 3,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen wird.
29.12.2020	Russland erweitert die Liste deutscher StaatsbürgerInnen, gegen die Einreisebeschränkungen verhängt wurden, um leitende Mitarbeitende der deutschen Sicherheits- und Nachrichtendienste. Begründet wird diese Maßnahme mit den Ermittlungen deutscher Sicherheitsbehörden zu russischen Hackerangriffen auf den deutschen Bundestag im Jahr 2015. Am 22. Oktober 2020 hatte die EU aufgrund dessen Sanktionen gegen zwei russische Staatsangehörige und eine Organisation verhängt.
29.12.2020	Das russische Ermittlungskomitee eröffnet ein Strafverfahren gegen den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj. Ihm wird vorgeworfen, 356 Millionen Rubel (etwa 3,9 Millionen Euro) aus Mitteln des von ihm gegründeten Fonds zur Korruptionsbekämpfung FBK für private Zwecke veruntreut zu haben. Nawalnyj befindet sich nach einem Giftanschlag auf seine Person seit August 2020 in Deutschland.
30.12.2020	Russland erweitert die Liste der durch Sanktionen mit Einreisebeschränkungen belegten BritInnen um sechs weitere Personen. Die betroffenen BritInnen seien an der »Schürung antirussischer Sanktionen« beteiligt gewesen. Die Erweiterung wird mit im Oktober durch Großbritannien verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit dem Giftanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj begründet.

02.01.2021	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt bekannt, dass den russischen Regionen im Rahmen der Modernisierung der medizinischen Grundversorgung im Jahr 2021 rund 90 Milliarden Rubel (etwa 985 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel werden unter anderem für den Kauf von Rettungsfahrzeugen sowie die Modernisierung von Notfallaufnahmen und den Neubau von Polikliniken bereitgestellt.
05.01.2021	Der russische Oligarch und Haupteigentümer des russischen Metallurgieunternehmens »Severstal«, Aleksej Mordaschow, stockt seine Anteile am deutschen Reisekonzern TUI von 25 auf 36 Prozent auf. Mit einer Kapitalerhöhung in TUI-Aktien von bis zu 266 Millionen Euro wird Mordaschow damit der größte Einzelaktionär des Unternehmens. TUI war aufgrund der Reisebeschränkungen durch die Coronavirus-Pandemie in Bedrängnis geraten.
09.01.2021	Nahe Norilsk wird ein Skigebiet von einer Lawine verschüttet. Nach bisherigen Erkenntnissen kommen dabei drei Menschen ums Leben, ein Jugendlicher wird schwer verletzt. Die Lawine zerstörte vier Gebäude. Nach offiziellen Angaben befand sich zu diesem Zeitpunkt nur die Familie des Technikwirts der Anlage auf dem Gelände. Ermittlungen wegen Verstoßes gegen Sicherheitsvorschriften und fahrlässiger Tötung wurden eingeleitet.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.